

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 95.

Donnerstag, den 24. April 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein Skandal.

Um für den Chef des Militärkabinetts im teuersten und vornehmsten Teile Berlins eine Dienstwohnung nebst anschließenden Büreauräumen zu erhalten, hat sich das Kriegsministerium in einen unglaublichen Grundstückshandel eingelassen, der auch eine gräßliche — und sicher auch bewußte — Mißachtung des Reichstags darstellt. Dieser geradezu tolle Grundstückshandel, der sowohl im Reichstage wie auch im preussischen Landtag bereits viel Staub aufgewirbelt hat, ist mit einem Grundstücksspekulanten v. Winterfeld abgeschlossen worden. — In der Dienstsitzung der Budgetkommission des Reichstags stand die saubere Angelegenheit zur Beratung. Sie brachte dem Kriegsministerium, wie auch dem Reichskanzler und dem Reichsfiskus, die alle von dem unglaublichen Handel Kenntnis hatten, eine schwere und glatte Niederlage. Schon der Referent, Abg. Erzberger, beantragte, die diesen Handel betreffende Titel im Etat abzulehnen. In einer ebenso scharfen wie sachlich begründeten Rede geißelte Genosse Stücklen das Vorgehen der Militärverwaltung.

Genosse Stücklen führte folgendes aus: Das Kriegsministerium hat in der letzten Zeit Grundstückstransaktionen der bedenklichsten Art vorgenommen. Die Grundstücke Prinz-Albrecht-Straße 6, Königgräberstraße 121 und das Gebäude des Militärkabinetts, Behrensstraße 66, wurden für den Preis von 6 724 000 Mark an den Bankdirektor v. Winterfeld abgekauft. Winterfeld verpflichtete sich dafür, auf Rechnung des Kriegsministeriums die Grundstücke Wilhelmstraße 78 neben dem Palais des Reichskanzlers, ferner das Grundstück Viktoriastraße 34 zu kaufen und außerdem 440 000 Mk. herauszugeben. Auf dem Grundstück Viktoriastraße 34 befindet sich eine Villa, die dem Chef des Militärkabinetts als Dienstwohnung überwiesen werden sollte. In den Garten neben dieser Villa ist ein Haus gebaut worden, das 19 Geschäftsräume und 2 Wohnungen zu 5 resp. 6 Zimmer für zwei Sekretäre und 8 Wohnungen für Unterbeamte enthält. Alles ist ziemlich fertig, ohne daß der Reichstag befragt wurde. Der Militärverwaltung war bekannt, daß der preussische Fiskus auf die Grundstücke Prinz-Albrecht-Straße 6 und Königgräberstraße 121 reflektierte. Der Agent v. Winterfeld hat nun diese beiden Grundstücke, die ihm mit 3 1/2 Millionen Mark angerechnet werden, dem preussischen Fiskus für 6 Millionen Mark angeboten. Ihm würden 2 600 000 Mark zufließen. Die preussischen Steuerzahler wären damit um 2 600 000 Mark geschädigt und zwar durch die Schuld des Kriegsministeriums. Das Grundstück Viktoriastraße 34, in der feinsten und teuersten Gegend Berlins, ist mit 3 1/2 Millionen Mark angelegt. Rechnet man für die Villa, die dem Chef des Militärkabinetts als Dienstwohnung überlassen werden soll, zwei Millionen Mark, so ergibt sich, daß diese Dienstwohnung dem Reich pro Jahr 120 000 Mark an Zinsen und Unterhaltung kosten würde. Diese Verschwendung ist einfach ungeheuerlich. Dienstwohnungen haben nur die Kommandierenden Generale, dem Chef des Militärkabinetts eine Villa als Wohnung zu überlassen, liegt nicht der mindeste Anlaß vor. Der Chef des Militärkabinetts ist soviel auf Reisen, daß es vielleicht besser wäre, ihm zu seinem hauptsächlichsten Aufenthalt einen Eisenbahnwagen zu kaufen, nicht aber eine Villa in der teuersten Gegend Berlins. Das ist eine treffende Illustration zu der vielgerühmten preussischen Einfachheit. Wir sind stets bereit, den Beamten gesunde Wohnungen zu geben, aber es grenzt an Wahnsinn, solche Wohnungen in einer Gegend Berlins zu bauen, in der jeder Fußbreit Boden mit Gold aufgewogen wird. Zugegeben sei, daß einzelne Unterbeamte in dem Grundstück Behrensstraße 66 ungeeignete Wohnungen haben. Reichen die Räume dort nicht aus, dann nehme man dem Chef des Militärkabinetts die dortige Dienstwohnung und gebe ihm die übliche Mietsentschädigung von 15 000 Mk. In der Behrensstraße, einer ebenfalls sehr teuren Gegend, ein militärisches Dienstgebäude zu unterhalten, ist unwirtschaftlich im höchsten Grade. Man soll dieses Grundstück verkaufen und ein Dienstgebäude auf fiskalischem Boden auf dem Tempelhofer Feld errichten. Das Grundstück Wilhelmstraße 78 neben dem Palais des Reichskanzlers sollte von einer Möbelfabrik gekauft und bebaut werden. Daß dort keine Tischlerei errichtet worden wäre, ergibt sich schon aus der Höhe der Grundstückspreise. Die Sorge des Reichskanzlers, daß er durch störende Geräusche in seiner Tätigkeit behindert werde, ist vollkommen hinfällig. Wie kommt nun aber die Heresverwaltung dazu, um dem Reichskanzler gefällig zu sein, dieses Grundstück zu kaufen? Ist das Kriegsministerium eine Zentrale für Grundwerb? — Bei

der Beratung des Not-Etats hat sowohl der Kriegsminister als auch der Schatzsekretär erklärt, feste Verträge seien nicht abgeschlossen, vielmehr seien die Abmachungen mit dem Agenten v. Winterfeld getroffen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Reichstages. Tatsächlich aber hat man dem Winterfeld feste Zusicherungen gemacht, die diesen veranlaßten, die ganzen Transaktionen mit einem Aufwand von 11 Millionen Mark zu machen. Winterfeld hat gedroht, das Reich auf Schadenertrag zu verklagen. Die Kommission müsse einen viden Strich durch dieses geradezu ungeheuerliche Geschäft machen. Winterfeld möge sich mit seinen Entschädigungsforderungen, die in die Millionen gehen, an jene Personen halten, die ihm völlig unbefugte Zusicherungen gegeben haben. Das Reich sei nicht verpflichtet, für Handlungen aufzukommen, die begangen wurden unter gräßlicher Verletzung des Budgetrechts des Reichstags. Die Heresverwaltung wollte den Reichstag vor eine vollendete Tatsache stellen, weil sie wissen mußte, daß der Reichstag, wenn er vorher gefragt worden wäre, niemals seine Zustimmung gegeben hätte. Diese Umgehung des Reichstages ist einfach skandalös, besonders in einer Zeit, in der dem Volke ungeheure Lasten aufgebürdet werden. Redner bittet, die Zustimmung zu diesen verfassungswidrigen Handlungen zu verweigern, die Schuldigen mögen den Schaden tragen.

Schatzsekretär Kühn glaubte nach dieser eindrucksvollen Darstellung dem Kriegsministerium zu Hilfe eilen zu müssen. Der Landtag habe erst neuerdings Wert auf das Grundstück gelegt, das an das Landtagsgebäude angrenze; früher habe Preußen das Angebot, dieses Grundstück zu erwerben, abgelehnt. Die Verwaltung wollte mit dem Grundstückshandel erreichen, daß neue Kosten bei Schaffung einer Dienstwohnung für den Chef des Militärkabinetts nicht entstehen. Das werde auch erreicht durch die vorgeschlagene Regelung. — Generalleutnant Stabs wandte sich lebhaft gegen Stücklen. Der Militäriskus habe ganz richtig gegen Preußen gehandelt. Von einem vertraglichen Auftrag an Winterfeld sei keine Rede. — Der Abg. Schiffer erklärte, so harmlos, wie General Stabs die Sache darzustellen versuche, sei sie nicht. Die Erwerbung eines Gebäudes in der Viktoriastraße spreche gegen jede Wirtschaftlichkeit und könne unter keinen Umständen gerechtfertigt erscheinen. An der Affäre hängen 2,6 Millionen Mark, die wahrscheinlich entweder die Steuerzahler im Reich oder die in Preußen aufbringen müssen. Winterfeld müsse von kompetenten Stellen bestimmte Aufträge erhalten haben, sonst würde er sich gehütet haben, ohne jede Sicherheit ein in die Millionen gehendes Geschäft zu unternehmen. Wenn der Reichstag dem Handel die Zustimmung verweigere, komme der Prozeß gegen den Fiskus, dessen Ausgang mindestens sehr zweifelhaft für den Fiskus sein werde. Die Verwaltung habe sich offenbar voreilig gebunden. Winterfeld müsse Zusicherungen erhalten haben, die ihn zu der Auffassung gelangen ließen: kaufe und baue. — Ein Regierungsbauemeister bestritt, daß Winterfeld einen strikten Auftrag erhalten hat. Es seien ihm „nur“ Unterlagen für den Bauplan zu dem Bau in der Viktoriastraße gegeben worden. Man müsse aber immerhin mit der Möglichkeit rechnen, daß der Fiskus einen etwaigen Prozeß verliere und die zu machenden Aufwendungen dann in die Millionen gehen werden. Darum sei es materiell vorteilhafter, der Regierungsforderung zuzustimmen.

Diese Darlegungen riefen in der Kommission große Erregung hervor. Abg. Liesching forderte die Ablehnung. Der Reichstag müsse fest bleiben, um der Regierung zu beweisen, daß sie ohne das Parlament solche Transaktionen nicht unternehmen dürfe. — Genosse Roste betonte, die Verwaltung habe unter Mißachtung des Reichstages gehandelt in der Hoffnung, der Reichstag werde auch diese Zumutung nicht zurückweisen. Das Parlament würde sich einer großen Pflichtverletzung schuldig machen, wenn es seine Zustimmung geben würde. Hier müsse rücksichtslos eingegriffen werden. — Abg. Erzberger gab einen Brief von Winterfeld bekannt, in welchem W. behauptet, er habe von den kompetentesten Stellen den bestimmten und klaren Auftrag zur Erwerbung der fraglichen Grundstücke und zu dem Bau in der Viktoriastraße erhalten. Die Baupläne sind vom Kriegsministerium ausdrücklich genehmigt worden. (Lebhafte Erregung in der Kommission.) Der Reichstag sei von der Regierung in schwerster Weise kränkelt worden. Die glatte Ablehnung der ganzen Transaktion des Kriegsministeriums sei zwingende Pflicht des Parlaments. — Schatzsekretär Kühn schließt daraus, daß der Reichstag ja annehmen oder ablehnen könne, daß von einer Brückierung nicht gesprochen werden kann. Ihm wurde aber sofort erwidert, daß der Entschädigungsanspruch des Spekulanten Winterfeld im Betrage von 2,6 Millionen bestehen bleibt, der, falls der Fiskus den Prozeß verliert, entweder vom Reich oder von Preußen getragen werden

müsse. — Kriegsminister v. Seeringen versuchte glauben zu machen, Winterfeld habe keinen bindenden Auftrag erhalten, es bestehe nur eine moralische Verpflichtung zur Entschädigung, falls der Reichstag dem Grundstücksgeschäft seine Zustimmung verweigere. Vor dem Militärkabinetts sei das Kriegsministerium nicht zu Kreuze gekrochen, sondern habe geglaubt, ein vorteilhaftes Geschäft abzuschließen.

Gegen die drei Stimmen der Konserwativen wurde sodann der vorgeschlagene Grundstückshandel abgelehnt. Das bedeutet eine schwere Niederlage der Regierung, die glaubte, mit dem Staatsrecht des Reichstags nach Belieben umspringen zu können. Sie ist offenbar dadurch lähn gemacht worden, weil ihr in den letzten Jahren so ziemlich alle Forderungen ohne nennenswerten Widerstand bewilligt worden sind.

Es ist erfreulich, daß die Kommission in ihrer übergroßen Mehrheit die Regierung gegenüber festgeblieben ist. Wäre sie hier umgefallen, dann hätte die Regierung auch in anderen Fällen schalten und walten können, wie es ihr beliebt. So ist ihr jetzt das Handwerk gelegt worden. In einem parlamentarisch regierten Lande würde der für diesen Skandal verantwortliche Minister moralisch gezwungen sein, sofort seinen Posten niederzulegen. Aber Deutschland ist ja kein parlamentarisch regiertes Land!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Regierung gegen den Reichstag.

Es ist die alte Erscheinung: wenn der Reichstag irgendwie den bescheidensten Versuch macht, seine Rechte zu festigen oder gar sie über die enge Umgrenzung reaktionärer Gewohnheit auszudehnen, setzt sich die Regierung energisch zur Wehr. Man erinnere sich z. B. des Ausbaus der Geschäftsordnung im vorigen Jahr oder der Obstruktion, mit der sie den ersten „kurzen Anfragen“ begegnete, Schritt für Schritt muß die Vertretung des Volkes um ihre Kompetenz kämpfen, gegen die Regierung, die regelmäßig bei der Rechten die entschlossensten Verteidiger findet.

Das war auch gestern wieder der Fall, als die Resolutionen der Budgetkommission und der sozialdemokratischen Fraktion auf Einsetzung einer Enquetekommission über die Rüstungsleistungen zur Beratung gelangte. Die Budgetkommission wollte dem Reichskanzler den Auftrag erteilen, die Kommission einzusetzen und sie durch Sachverständige und Mitglieder des Reichstags zu vervollständigen. Wir wollten, daß der Reichstag die Kommission selbst aus ihrer Mitte wähle und daß ihr das Recht zugeeignetlicher Vernehmung zuerkannt werde.

Leдебур begründete unseren Antrag namentlich mit dem Argument, daß nur die reinparlamentarische Kommission, gestützt durch weitgehendere Rechte, eine wirkliche Untersuchung führen und ernsthaft praktische Arbeit leisten könne. Nach ihm traten die berufsmäßigen und grundsätzlichen Gegner des Parlamentsrechts auf. Zuerst der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück, der sogar von einer Verfassungswidrigkeit sprach, wie sie in dem Antrag der Budgetkommission enthalten sei. Auch den sozialdemokratischen Antrag bekämpfte er mit einem derartigen Einwand, obwohl er nachher zugeben mußte, daß der Reichstag das Recht habe, in Ausübung seines Kontrollrechtes Kommissionen einzusetzen. Seine unklaren und verlegenen Bemerkungen schloß der Staatssekretär mit der Verlesung einer Erklärung, in der der Reichskanzler die Einsetzung einer Kommission zuzugestimmt, unter Zuziehung von Sachverständigen und Abgeordneten. Nach Regierungstreuer als die Regierung war der Graf Westarp, der sich gegen beide vorliegenden Resolutionen mit vormärzlichen Einwendungen wandte. Die Herren Erzberger, Pasche und Dr. Müller-Meinungen wandten sich gegen diesen Versuch, das in der Verfassung ausgesprochene Recht der budgetmäßigen Kontrolle irgendwie in bestimmte enge Schranken zu ziehen. Und Herr Erzberger erinnerte namentlich an die Einsetzung der Kommission für die südafrikanischen Angelegenheiten, der auch seinerzeit die Regierung selbst zugestimmt hat. Genosse Dr. Frank präziserte unsere Auffassung dahin, daß die Schaffung einer Kommission der durch Gesetz die Befugnis zeugeneidlicher Vernehmung erteilt würde, allerdings eine Fortbildung der Verfassung bedeute, aber eine dem Geist der Verfassung entsprechende und in den gegenwärtigen Verhältnissen notwendig begründete Fortbildung. Denn — und darauf legte er besonderes Gewicht — die Regierung habe kein Vertrauen im Volke, am allerwenigsten in dieser Frage, und gerade hier müsse die Unternehmung durch das Vertrauen des gesamten Landes getragen sein. Wie sehr gerade diese Überzeugung von dem allgemein

herrschenden Mißtrauen gegen die Regierung, und speziell auf diesem Gebiete, begründet ist, zeigte nachher noch die Reden der Herren Dr. Spahn und Dr. Paasche, die ausdrücklich bestätigten, weshalb dieses Mißtrauen die Bevölkerung ergrieffen habe. Trotzdem aber (und obwohl Herr Dr. Spahn den Brief eines „hochangesehenen Juristen“ zitierte, der die Berechtigung zugegebenermaßen Verrechnung als unbedingtes Erfordernis hinstellte, traten nur die Fortschrittler, die Polen und die Elsaß-Lothringer für die sozialdemokratische Resolution ein. Nach Beendigung der ausgedehnten Debatte und nach Ablehnung unseres Antrags wurde die Resolution der Budgetkommission gegen die Stimmen der Konservativen und der Reichspartei angenommen.

Im übrigen wurde die Spezialdiskussion des Militär-etats weitergeführt. Genosse H. Richter beklagte in einer eingehenden Darstellung die Engherzigkeit, von der die Militärverwaltung gegenüber den Kommunen Zeugnis ablegt, sobald sie mit ihnen über Abtretung von Festungsgelände und Erleichterung der oft drückenden Bestimmungen zu verhandeln hat. Er berief sich insbesondere auf das Beispiel von Köln, und wurde von dem Herrn Trimborn — den ich, den er aus der heiligen Stadt verdrängt hat — unterstützt. Genosse Dr. Weill brachte auf diesem Gebiete die Erfahrungen aus Elsaß-Lothringen zur Kenntnis und wies im übrigen auf die Wirkungen hin, die die Preispolitik der großen Syndikate, mit denen die Militärverwaltung arbeitet, auf die Reichsfinanzen ausübt. Genosse Dr. Liebknecht kritisierte einen terroristischen Akt der Militärverwaltung gegenüber Lieferanten, die sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig sind. Bemerkenswert ist noch die Ablehnung der militärischen Ostmarkenzulagen gegen die Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und der Fortschrittler.

In später Abendstunde war die Beratung des Militär-etats beendigt.

Eine Lex Krupp.

In der Budgetkommission des Reichstages stand am Dienstag folgende Zentrumsresolution zur Verhandlung:

„Der Reichszentraler wird ersucht, zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen für Reichsarmee und Marine eine Kommission zu berufen, zu welcher vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstages und Sachverständige zuzuziehen sind; ferner, den Bericht der Kommission den gesetzgebenden Körperschaften mit Vorzügen zur Beilegung etwaiger Mißstände mitzuteilen.“

Unsere Genossen beantragten, der Kommission das Recht zur zugegebenermaßen Verrechnung zu geben. Dagegen wendete sich der Nationalliberal Semler, der aber für die Kommission eintrat, weil durch sie unbegründete Vorwürfe aus der Welt geschafft werden können. Herr Semler scheint sich die Kommission als Verteidigungsinstanz für die Waffenlieferanten vorzustellen. Die sozialdemokratische Forderung, die die Genossen Ledebour und Liebknecht begründeten, bekämpften alle bürgerlichen Parteien. — Abgeordneter Gorthe in wünschte aber eine parlamentarische Enquete. Von anderen Kommissionen fürchtet er, daß sie der Vertuschung dienen könnten. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, der Zentrumsantrag gegen die reichsparteilichen Stimmen angenommen.

Bändler-Schwindel.

Der nationalliberale Abg. Sieg hat es abgelehnt, den vom nationalliberalen Vertretertag in Hannover angenommenen Antrag der Landtagsfraktion zu unterstützen, der sich gegen irgendwelche Verhandlungen mit der Sozialdemokratie wendet. Diesen Umstand benutzte das in Danzig erscheinende bändlerische „Westpreussische Volksblatt“ dazu, folgenden hanekühnen Schwindel in die Welt zu setzen:

„Ja, wie kann Herr Sieg sich gegen ein Faktieren mit der Sozialdemokratie aussprechen? Er verdankt ja seine Wahl in den Reichstag den Graubenzger Sozialdemokraten! Und es ist ein offenes Geheimnis, daß die Sozialdemokraten in Graubenz vor der Stichwahl ihre „vor der Hauptwahl gehaltenen Unkosten“ in Höhe von 7000 Mark erstattet bekommen haben von den Nationalliberalen. Die Polen wollten erst in der Stichwahl gegen Sie haben. Die Nationalliberalen aber zählten das Geld den Genossen vorher auf den Tisch.“

Wir können feststellen, daß diese Mitteilung erlogen ist.

Trotz Germanisierungspolitik.

Die Abgeordneten in der preussischen Duma bewilligen alljährlich Millionen zur Unterdrückung der polnischen Bevölkerung, trotzdem will das Vorhaben nicht gelingen. Je mehr Millionen nutzlos verpulvert werden, umso größer scheint der Einfluß der Polen zu werden. In Pommern kann schon seit geraumer Zeit ein hartes Anwachsen des Polentums konstatiert werden. Wie sehr hier die Polen an Zahl und Einfluß zunehmen, zeigt sich besonders im Kreise Sütow. In ihm zählte man im Jahre 1911 rund 1200 polnische Schulkinder, oder 28 vom Hundert der Gesamtzahl. 1912 waren bereits 1300, oder etwa 30 Proz. der Gesamtzahl vorhanden. Die neun katholischen Landeskirchen sind mit einer Ausnahme ganz oder überwiegend polnisch. Von den 40 evangelischen Landeskirchen waren 1910 noch mehr als die Hälfte deutsch, 1911 nur noch ein Viertel und 1912 noch rund ein Fünftel. Mehr als ein Viertel dieser Schulen zählten bis zu 10 Proz. polnische Schulkinder, mehr als ein Viertel 10 bis 30 Proz. und mehrere Schulen sogar ein Drittel bis ein Halb polnische Kinder.

Polkernmäggen auswärtslos.

Eine 15000 Köpfige und wehrfähige Wanderarbeiter (Zigler) sind bei ihrer Kampagnezeit auf der Erde als eines ihrer Hauptnahrungsmittel angewiesen. Er ist aber so im Preise gestiegen, daß die Arbeiter jetzt erheblich mehr für ihre Ernährung ausgeben müssen. Sogar ein christlicher Arbeiterverein sah sich veranlaßt, die 1500 Köpfige Regierung um die Befreiung von Polkernmäggen beim Bundesrat anzugehen. Sie hat dem Verein mit folgendem Schreiben geantwortet:

„Auf den von uns erhaltenen Bescheid ist eingegangen. Er lautet: Die Regierung ist bereit, die Befreiung von Polkernmäggen beim Bundesrat anzugehen.“

Untersuchungsgebühren auf ausländische Fleischwaren zurzeit völlig ausrichtungslos, weshalb von der Einbringung eines solchen Antrages Abstand genommen ist.“

Ein Antrag an den Bundesrat und eine ausführliche Begründung unter Hinweis auf wichtige Arbeiterinteressen hätte zum mindesten nicht geschadet. Aber die Regierungen getrauen sich so wenig, wider den Sachverhalt des agrarischen Machtgebots zu stehen, daß sie sogar darauf verzichten, auch nur Anträge zu stellen.

Das preussische Abgeordnetenhaus

nahm am Mittwoch zunächst in dritter Lesung den Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen gegen die Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Polen und der Fortschrittler un verändert an. Hierauf beriet das Haus in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf über Abänderung der rheinischen Insamensagung und Gemeinheitsstetungsgegesetz und wandte sich sodann zu der Beratung des Gesetzentwurfs über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Landeskultur und der inneren Kolonisation. Die zur Beratung dieses Entwurfes eingesetzte Kommission beantragte seine unveränderte Annahme in Verbindung mit einer Resolution, die eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Förderung der inneren Kolonisation verlangt. Sämtliche bürgerliche Parteien traten für das Gesetz ein, sogar die Konservativen, die ja, wenn sie im intimen Kreise zusammen sind, nicht die wärmsten Freunde der inneren Kolonisation sind. — Der Landwirtschaftsminister erklärte, daß das Ziel der inneren Kolonisation nicht die Verschlagung des Großgrundbesitzes sein dürfe.

Die Wahl des Genossen Haupt erneut für ungültig erklärt.

Wie schon berichtet wurde, war nach den bisherigen Beschlüssen der Wahlprüfungskommission mit der erneuten Ungültigkeitserklärung der Wahl des Gen. Haupt-Magdeburg zu rechnen. Diese wurde denn auch in der Sitzung vom 23. April, nachdem man noch über die Nachtragungen in der Wählerliste verhandelt hatte, mit 8 gegen 4 Stimmen (ein Nationalliberaler enthielt sich der Stimme) beschlossen. Vorher war ein Antrag des Korreferenten, Gen. Reichhaus, auf Beweiserhebung über die erst neuerdings erfolgte Prüfung der Nachtragungen in der Wählerliste gegen die 4 sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt worden. — Dann verhandelte die Kommission über die Wahlen der Antijemiten Dr. Werner (Gießen) und Dr. Burckhardt (Dillkreis, Wiesbaden), deren Prüfung noch nicht beendet wurde.

Reichstagswahl im Wahlkreise Bamberg.

Bei der Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen Prälaten Schaedler (3.) wurde am Dienstag der Zentrumskandidat Domprediger Leicht gewählt. Domprediger Leicht-Bamberg (3.) erhielt nach dem vorläufigen Resultat 14127, Postsekretär Krauß-Fürth (S.D.) 3256 und Gausekretär Vogel-Nürnberg (S.D.) 4141 Stimmen.

Die neue Rüstungsvorlage im elsäß-lothringischen Landesparlament.

In der Sitzung vom Dienstag kam im elsäß-lothringischen Landtage die neue Rüstungsvorlage und ihre Deckung zur Sprache. Die sozialdemokratische Fraktion hatte in der letzten Sitzung eine Interpellation eingebracht, die Auskunft über die Stellungnahme der elsäß-lothringischen Bundesratsbevollmächtigten zur neuen Rüstungsvorlage verlangte. Die Interpellation beherrschte die Sitzung vollständig. Genosse Peirotes begründete die Interpellation, wonach das Parlament wissen will, was die elsäß-lothringische Regierung veranlaßt hat, die Zustimmung zu dieser, so tief in das Erwerbsleben des Volkes eingreifenden Vorlage zu geben. — Der Staatssekretär J. v. B. u. L. verlas hierauf die Antwort des Statthalters, nach der in altbekannten Redensarten erklärt wurde, die Maßnahmen der Reichsregierung entsprängen defensiver Natur. Die elsäß-lothringischen Bundesratsvertreter würden es als ihre heiligste Pflicht betrachten, zum Schutze des Vaterlandes ihre Stimme abzugeben. — Der Zentrumsredner sprach sich gegen die Rüstungsvorlage sowie für ein internationales Schiedsgericht aus; das war aber auch alles, wozu er sich aufschwang, um gleich hinterher eine Verbeugung vor dem Statthalter zu machen und die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur elsäß-lothringischen Verfassungsfrage zu kritisieren. — Genosse Emmel brachte eine Resolution ein, die ausdrückt, daß die Stellung der Regierung zur neuen Heeresvorlage den Interessen des Landes widerspricht. Ebenfalls hielt Emmel gründliche Abrechnung mit den Regierungsvertretern und mit der Haltung des elsäß-lothringischen Zentrums, das bei der Verfassungsfrage im Arm mit den preussischen Junkern ging und sich hier im Lande als radikale Partei aufspielen wollte. — Ein liberaler Abgeordneter, der zugleich Referent war, führte an Stelle einer klaren Antwort einen Ciertonz auf. — Inzwischen hatten die Zentrumsler eine andere Resolution eingebracht, die so lebenslänglich war, daß sie sogar indirekt zum Ausdruck brachte, das Parlament verzichte auf das Recht, die Regierungshaltung zu kritisieren. Dieser Resolution wollten die Liberalen zustimmen, was eines ihrer Mitglieder veranlaßte, recht energisch für die sozialdemokratische Resolution einzutreten. Seine Ausführungen schloß der fortschrittliche Abgeordnete mit den Worten: „Nieder mit den wahnwitzigen Rüstungen! Hoch der Völkerrfrieden!“ — Nachdem von sozialdemokratischer Seite die schwächliche Haltung des Zentrums gebührend gebrandmarkt war, änderte das Zentrum seine Resolution in eine schärfere Fassung um. — In namentlicher Abstimmung wurde die sozialdemokratische Resolution abgelehnt, die der bürgerlichen Parteien dagegen angenommen.

Das elsäß-lothringische Volk wird aus dieser Debatte etwas haben, daß die Opposition im Zentrum weiter nichts als Komödie ist.

Belgien.

Das Ende des Generalfreits. Das Nationale Streitkomitee trat heute vormittag in Brüssel zusammen. Nach einer Diskussion, in der alle Redner ihre Befriedigung

über den Verlauf des Generalfreits aussprachen und in der sie die Beendigung des Streiks empfahlen, wurde eine Resolution Deftree, Vandervelde und Inseele einstimmig angenommen, die den Erfolg des Streiks bestätigt: 1. als eindrucksvolle Demonstration der Solidarität und Disziplin der Arbeiterschaft; 2. durch den Eindruck auf die öffentliche Meinung, die jetzt überzeugt ist von der Unumgänglichkeit der Wahlrechtsreform; 3. weil die Regierung gezwungen wurde, zuzugeben, daß die Kommission für die Revision des Gemeinde- und Provinz-Wahlrechts auch das Kammerwahlrecht wird erörtern können. Die Resolution besagt schließlich: Durch den Generalfreit sei alles erreicht, was jetzt erwartet werden konnte, und die Wirksamkeit dieser Waffe sei wiederum erwiesen worden. Kein Friede werde im Lande herrschen, bevor das gleiche Wahlrecht erreicht ist. Unter diesen Umständen sei dem Parteitag die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit vorzuschlagen. — Das Komitee beschloß die telegraphische Einberufung des Parteitages zu morgen, Donnerstag vormittag 10 Uhr. Zu Referenten wurden Inseele, Deftree und Vandervelde ernannt.

Balkan.

Über die Einnahme von Skutari liegt jetzt der ausführliche amtliche Bericht aus Cetinje vor. Esad Pascha unterzeichnete das Protokoll betreffend die Übergabe Skutaris. Die Garnison hat die Stadt mit den Waffen verlassen. Die türkischen Truppen verließen zuerst die Stellungen, die von den Montenegrinern nicht besetzt waren. Um 11 Uhr nachts flackerten die montenegrinischen Fahnen auf dem Taraboch und Brdica. Hierauf verließen die Türken die übrigen Stellungen, worauf auf der Zitadelle die montenegrinischen Fahnen gehißt wurden. Sodann besetzten die montenegrinischen Truppen die Stadt. Auf der ganzen Front verkündeten Salven aus den montenegrinischen Geschützen die Befreiung der Stadt. In Cetinje wurde die Nachricht vom Falle Skutaris um 2 Uhr nachts bekannt. — Wie verlautet, sind die Kapitulationsdokumente um Mitternacht unterzeichnet worden, wonach Esad Pascha und die Besatzung mit allen militärischen Ehren und mit dem gesamten Kriegsmaterial nach Albanien durchgelassen werden. Der Grund der Übergabe wird darin gesehen, daß die Garnison von Brdica und dem Taraboch definitiv erklärte, daß sie nur für die Türkei kämpfen, nicht aber für ein autonomes Albanien.

Skutari's Fall. Aus Wien wird uns telegraphiert: Mit dem Fall Skutari kommt der europäische Friede vor die letzte, vielleicht aber auch vor die ernsteste Schwierigkeit. Daß der König von Montenegro aus der Stadt, an deren Eroberung er so viel gewagt hat und die so viel montenegrinisches Blut getrunken, nicht gutwillig und freiwillig abziehen wird, ist unzweifelhaft. Und er handelt hier sicherlich nicht auf eigene Faust, denn diese blutige Belagerung war doch nur möglich, weil hinter ihr auch der leidenschaftlichste Wille des kleinen Volkes selbst stand. Auf der anderen Seite erscheint durch die Beschlüsse der Londoner Botschafterkonferenz und durch die Flottendemonstration an der Skutari-Frage das gesamte Europa engagiert, und es ist wieder undenkbar, daß dieses die „vollzogene Tatsache“ des Falles der Festung akzeptieren könnte. Welche Mittel jenes sagenhafte Europa aber anwenden könnte, um Nikita aus Skutari herauszubringen, ist absolut nicht zu erkennen. Die eigentliche Gefahr ist aber die, daß Skutari heute zu einer Frage des Prestige von Österreich-Ungarn geworden ist, und daß man in Wien in dieser Sache, wenn man schon einlenken könnte, keineswegs einlenken wollen wird. Es kann also sehr leicht geschehen, daß sich Österreich-Ungarn von Europa trennt und das Unternehmen, Montenegro zur Räson zu bringen, auf eigene Rechnung und Gefahr betreibt. Aber das könnte, ja müßte dazu führen, daß Österreich in Montenegro einmarschiert; und ob es dann bloß bei dem „Kriege“ der Großmacht mit dem Zwergstaat verbleibt, ist heute ebenso eine offene Frage, wie sie es trotz der Haltung des offiziellen Rußlands immer war. Ganz unzweifelhaft steht Europa vor dem ernstesten Augenblick der Rückwirkung des Balkankrieges auf seinen Frieden.

Die deutsche Diplomatie steht — so meldet die „Nationalzeitung“ vom Mittwoch abend — auf dem Standpunkt, daß der Fall Skutari an dem einmal festgelegten Beschluß der Mächte nichts zu ändern vermag. Sie wird wenigstens in dem Sinne bemüht sein, den Forderungen der Mächte die notwendige Achtung zu sichern und mit den anderen Staaten darauf hinzuwirken, daß die Einverleibung Skutaris in Albanien auch durchgeführt wird.

In London liegen Meldungen vor, daß König Nikita den Befehl gegeben hat, sogleich nach dem Einzug der montenegrinischen Truppen in Skutari die Befestigungswerke instand zu setzen, die Forts ausgiebig zu verproviantieren und Vorkehrungen für eine wirksame Verteidigung der Festung zu treffen.

In Cetinje treffen noch immer täglich Freiwillige, insbesondere aus Rußland und aus den südlichen Provinzen Österreichs ein, darunter viele Studenten, die nach kurzer militärischer Ausbildung zur Front abgehen. General Bukotitsch ist zum Militärgouverneur von Skutari ernannt worden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 24. April.

Der Arbeitgeberverband für das Malergewerbe hat seine verunglückte Aussperrungsaktion durch Mittelungen in der bürgerlichen Presse, die den Stempel der Unwahrheit an der Stirn tragen, wenigstens in der Öffentlichkeit mit einem falschen Glorienzchein zu umgeben. Er jafabiert davon, daß „nach authentischen Berichten“ 38000 Gehilfen von der Aussperrung betroffen werden, obwohl tatsächlich in der letzten Woche nur 10321 Ausgesperrte in Deutschland vorhanden waren. Dann verkünden die Aussperrer die glatt erfundene Mär, daß die Kassen der Gehilfen so gut wie erschöpft seien. Da ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Das Lübecker Amtsblatt verbreitet natürlich die falschen Ausstellungen des Arbeitgeberverbandes; es rettet aber damit den Freund nicht mehr. Die gerechte Sache der Gehilfen siegt trotz aller Machinationen des Arbeitgeberverbandes.

Zentral-Verband der proletarischen Freidenker Deutschlands.

Freitag, den 25. April 1913, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Große öffentliche Volksversammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

„Arbeiterschaft, Kirche und Schule“.

Referent: Genosse Andreas Kalnbach, Hamburg.

Freie Diskussion.

Die Herren Theologen, insbesondere Herr Pastor Denker, sind freundlichst eingeladen. — Einem zahlreichen Erscheinen der Lübecker Arbeiterschaft sieht entgegen

Ortsgruppe Lübeck des Verbandes proletarischer Freidenker.

W. Dierk, Huxstraße 68.

Verkauf
lebender Butt
am Freitag,
dem 25. April 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
Hofstenbrücke,
Entener Brücke,
Hirtentorbrücke und
Dankwartsbrücke.

„Komitee und
Kommissionssitzungen“

D. T. V.

Vorstandssitzung

am 25. April 1913, abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
3309) Der Vorstand.

Eine geb. gut nähende Triit-
nämaschine unter Garantie billig
zu verkaufen. 1 Fahrrad 20 Mk.,
1 Fahrrad 25 Mk. O. Dort-
mundt, Nordb. Allee 1a. (3306)

„Gretche“ mit dem Strümpfe-
stricken auf eigener Maschine.
Hermine Lange.
3302-) Reichenstraße 68. II.

Gratis Gratis

Am Freitag, Samstag u. Son-
ntag gebe ich 1 2/3 Liter, mit 10
großen Gefäßen eingeführter, Mer-
ganine der Gattung zu 80 oder 90 Pfg.
1 großen Mandelkranz oder
1 gr. Block Schokolade oder
1 Porzellantasse oder
1 Milchtopf

Gratis Gratis

Mart. Wegener

Balauerföhr 6. (3305)

Achtung Schlosser!

Extra-Angebot

in blauen Schlosserjacken u. Hosen
zu noch nie dagewesenen Preisen.
Extra schwere Jacke. Gr. 40-44 1.75 Mk.
" " " 46-50 1.95 Mk.
" " " 52-56 2.40 Mk.
" " " 58-62 1.75 Mk.
" " " 64-68 1.95 Mk.
Ein Versuch führt zu dauernder
Kundschaft.

Johannes Holst,
Kohlmarkt 6. Markt 6.
Rote Rabattmarken. (1247)

Fra Diavolo

komische Oper in 3 Aufzügen von D. F. C. Auber.

Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins
am Sonntag, dem 4. Mai, sind

Textbücher à 20 Pfg.

bei uns zu haben.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Schneeweiße Wäsche

Die Regoda-Schneeweißmittel. Ohne Chlor. Garantiert un-
schädlich. Zur besten Einwirkung geben wir gratis und franco
versucht. (Broschüre) a. S. gegen Einsendung von 10 Pfg. 1 echt
Schneeweißmittel, 1 Paar Wäsche u. Gabeln. Verlangen Sie Pro-
spekte zum Anschauen.
Regoda gibt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als
bestes Schneeweißmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben
und keinen Versuch mit Regoda machen. (230)

Trave-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

zu der bevorstehenden Saison empfehlen wir unsere eleganten

Salon-Expreß-Dampfer

die sich allen Reizen der Natur entgegen sind, den Schulen, Vereinen
und Klubs zur pfeifigen Benutzung. — **Eröffnungsfahrt am 1. Mai.**
— Diese Abreise im Sommer, Travezeit, Fernreisen etc.
3322 Die Betriebsleitung.

Konzerthaus Fünfhausen.

Morgens Freitag: Gr. Tanz. Sonntag: Freies Tanzkränzchen.

Bienenweiß

derselbe Geschmack, dieselben Be-
standteile, derselbe Nährwert wie

echter Bienenhonig

Karl
Häver & Co.
Wallhalb-
insel.
Fernr. 891.

Cocosa
Feinste
Pflanzen-Butter
Margarine

Geschmack
Aroma
Bekömmlichkeit

wie bei
bester
Naturbutter

Überall erhältlich!

Allein. Fabr.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhd.)

Kleines Haus billig zu verkaufen
Watenigsmauer 41. (3333)

Gut erhalt. Kinderwagen a. G. f.
10 Mk. z. nt. Waisenhofstr. 35. L. r.
Zu kaufen gesucht guterhaltener
Kinderflappiortwagen. (3327)
Off. u. R R L an die Exped.

Jeder

der sich und die Seinen weiterbilden
und seine Bücherei auf billigste
Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete
dem Ende 1911 bereits 98 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde
(Sitz Stuttgart)

bel. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pf. Bestellgeld, durch die
Post d. Porto) erhält man kostenlos:

1. die reich illustrierten Monatshefte
- Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde**
mit den Beiblättern:
Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photo-
graphie und Naturwissenschaft — Technik und
Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld —
Natur und Kunst
2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von
Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1912: Gibson-Günther,
Was ist Elektrizität?; Dannemann, Wie unser Weltbild
entstand; Dr. Floercke, Kriechtiere u. Lurche fremder
Länder; Prof. Dr. Wenle, Die Urgesellschaft u. ihre
Lebensfürsorge; Dr. Kölsch, Die Erschaffung d. Seele.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede
Buchhandlung entgegen,
wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart.
Probhefte und Prospekte postfrei!

Die Maifestzeitung

für 1913

reich illustriert, ist soeben erschienen und durch unsere Zeitungsausdräger
zu beziehen. Preis 10 Pfg.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Wie bekannt, zählte die höchsten
Preise für Handstandstumpen,
Zeitungen, Eisen, Metalle, Neu-
tuch, Tauc. (1226)
Fernruf 2430. Postkarte genügt.
Waisenhofstraße 25.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck **Otto Albers** Kohl. 10

sind vorteilhaft bekannt durch

gute Verarbeitung u. sehr billige

Preise. U. a.:

- Leberhosen . . . 2.20-6.45
- Maiderhosen . . . 2.60-6.75
- Schlösserhosen . . . 1.88-5.25
- Überziehhosen . . . 1.08-2.35
- Zwirn-Hosen . . . 1.68-3.25
- Leinene Jacken, schräge u. gerade,
1.25, Kragen, Hemden, Schlachter-
jacken, Friseurjacken, Malermäntel
erstaunlich billig. Mägen von 30
Pf. bis 1.88 Mk. Rote Lubecan.

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.

General-Versammlung

am Freitag, dem 25. April

abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

im Gasthof Transvaal, Schwartau.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Jahresabrechnung.
3. Kolportagenabrechnung.
4. Jahresbericht.
5. Neuwahlen.
6. Wahl der Delegierten zur Ge-
neralversammlung.
7. Verschiedenes.

Um recht rege Beteiligung bitten
3331) Der Vorstand.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, den 24. April 1913.

Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Ende 10 Uhr.

183. V. i. V. u. 30. V. i. Donnerstag-Ab.

Die schöne Galathea

Rom. myth. Oper von Fr. v. Suppé

Hierauf:

Wiener Walzer.

Gr. Ballettdivertissement v. J. Bayer.

Mittelpreise.

Freitag, den 25. April 1913.

Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Ende 10 Uhr.

184. V. i. V. u. 30. V. i. Freitag-Ab.

Simplicissimus-Abend.

Vorher:

Der zerbrochene Krug.

Lustspiel von G. v. Kleist.

Schauspielpreise. (3330)

Sonabend, den 26. April 1913.

Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Ende 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.

184. V. i. V. u. Außer Sonnab.-A.

Agnes Bernauer.

Ein deutsches Trauersp. v. F. Heibel.

Kleine Preise.

In Vorbereitung: „Der Wider-
spenigen Jähmung“. Oper v. Gey.
Macbeth von Shakespeare mit Gast-
spiel von Paul Wegener und Frau
Dr. Brynar vom Deutschen Theater
in Berlin.

Der Streik im Lütticher Revier.

Brüssel, 20. April.

Auch im Lütticher Revier findet man die für die wallonischen Industriegebiete charakteristische Kombination von Bergbau, Schwerindustrie und Glasfabrikation. Hier herrscht indessen die Metallindustrie vor; die Hoehöfen von Seraing, die Walzwerke und Stahlgießereien von Tilleur, Dugree und Angleur geben der Gegend das Gepräge.

Als Ziel der Fahrt, die ich gestern von Lüttich aus durch das Revier unternahm, hatte ich mit Seraing gesteckt. Seraing ist der Sitz der berühmten Cockerillwerke, die für Belgien die gleiche Bedeutung haben wie Krupp für Deutschland, und der größten Glasfabrik Belgiens, der Christallerie du Val Saint Lambert.

Ich wollte jedoch Lüttich nicht verlassen, ohne zunächst dem dortigen Volkshauses, nach dem Namen des dort hausenden sozialistischen Konsumvereins La Populaire genannt, einen Besuch abzustatten. Das etwas düster und unmodern aussehende Gebäude, an dessen Stelle sich übrigens in höchstens ein paar Jahren ein neues Volkshaus erheben wird, gehört an sich nicht zu den interessantesten der zahllosen Volkshäuser, die es in Belgien gibt. Wenn man dennoch von seinem Besuch einen nachhaltigen Eindruck mitnimmt, so ist das hauptsächlich auf das Interesse zurückzuführen, das es als Stätte der Festschule vom 3. Juni vor Jahreswende. Damals hat bekanntlich eine Abteilung Gendarmen aus einer Entfernung von etwa 10 Metern auf die von einer Demonstration zurückgekehrte Menge im Innern des Cafés, dessen Türen sämtlich verschlossen waren, mehrere Salven abgegeben, durch die drei Arbeiter getötet und etwa vierzig verwundet wurden. Ueber dreihundert Gewehr- und Pistolenkugeln sollen dabei abgegeben worden sein. Die Verwundung hat die durchlöchernten Scheiben der Glasfenster, soweit sie nicht überhaupt von den Kugeln zerschmettert worden sind, zwischen anderen Glasfenstern einschlagen lassen, damit sie nicht auseinanderfallen und noch lange zeugen von dem abscheulichen Mord, der hier geschah. Zahllose kleine runde Löcher klagen diejenigen an, die hier durch geschlossene Türen auf eine wehrlose Menge geschossen haben. Auch im Innern des Cafés sind noch zahlreiche Spuren der Schießerei zu sehen. Auch hier findet man überall dieselben Löcher in Spiegelgehäusen und im Holzwerke.

In oberen Stadtvierteln sind die Bureaus der gewerkschaftlichen Organisationen eingerichtet; dort erhalten wir von den Funktionären der Metall- und Bergarbeiter des Reviers alle wünschenswerten Informationen über den Umfang und die Organisation des Streiks, an dem jetzt im Lütticher Revier allein über 70 000 Arbeiter beteiligt sind, von denen etwa 20 000 Bergarbeiter und die übrigen zum größten Teil Metallarbeiter sind. Alle Genossen, mit denen wir sprechen, geben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß die Bewegung einen derartigen Umfang angenommen habe, der die gehegten Erwartungen erheblich übertrifft. Besonders erfreulich sei die Tatsache, daß der Streik durchaus ruhig verlaufe und daß bis jetzt nirgends ernstliche Zwischenfälle vorgekommen seien. Das ist im Lütticher Revier besonders bemerkenswert, weil hier der Streik nicht so absolut allgemein ist, wie etwa im Borinage. Es gibt zwar nicht genug Streikbrecher, um die Betriebe im Gange zu erhalten, aber immerhin reicht ihre Zahl aus, damit ihre Unwesenheit provokatorisch wirkt und den Unternehmern und Behörden einen Vorwand liefert zu einer weit umfassenderen Mobilisierung von Militär und Gendarmerie, als die, die ich im Borinage konstatieren konnte.

Bei den Lütticher Bergarbeitern ist der Streik tatsächlich allgemein, wie übrigens in allen Revieren — man kann sagen, daß von den 140 000 belgischen Bergarbeitern nur ein Teil der Steiger und die für die Instandhaltung der Gruben bedürftlich rekrutierten Arbeiter (etwa 30 per Grube) an der Arbeit sind. Bei den Metallarbeitern sind die Schwierigkeiten deswegen etwas größer, weil man es hier — besonders in der Schwerindustrie — mit Riesenbetrieben zu tun hat, die nicht nur eine ziemlich hantschelige und zum Teil

aus Ausländern bestehende Arbeiterkraft beschäftigen, sondern deren Unternehmer auch dank ihrem großen politischen Einfluß über eine Macht verfügen, die sich mit der des mittelalterlichen Feudalismus über seine Hörigen vergleichen läßt. Die gewerkschaftliche Organisation z. B. begegnet bei Cockerill und den anderen Eisenmagnaten des Bezirks genau denselben Schwierigkeiten, die der Deutsche Metallarbeiterverband bei Krupp in Essen zu überwinden hat. Erst seit zwei Jahren ist es dem belgischen Metallarbeiterverband dank einer gründlichen Modernisierung seiner Agitations- und Organisationsmethoden gelungen, nach zwei Jahrzehnten erfolgloser, mit Brotraub und Verfolgung hunderter bestraffter Versuche, in diesen Riesenbetrieben festen Fuß zu fassen; die Zahl der organisierten Lütticher Metallarbeiter ist infolgedessen im Laufe der jüngsten zwei Jahre von 1500 auf etwa 17 000 gestiegen.

Indessen ist es auch hier gelungen, den größten Teil der unorganisierten Arbeiter mit in die Bewegung hineinzuziehen. Der Sekretär der Metallarbeiter, der uns begleitete, führte das folgende, in dieser Hinsicht charakteristische Beispiel an: In der Gewerkschaft Loche stehen die Arbeiter schon seit 10 Monaten im Ausstand. Es ist inzwischen der Direktion gelungen, 150 Streikbrecher aufzutreiben. Diese haben sich schon am Montag aus eigenem Antriebe der Bewegung angeschlossen und streiken nunmehr wie ein Mann mit!

Die Unternehmer sehen Himmel und Erde in Bewegung, um die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Eine ganze Reihe von Bergwerksgesellschaften haben den in den zum Werke gehörigen Häusern wohnenden Arbeitern zum 1. Mai die Wohnung gekündigt. Andere Werke, die staatlich anerkannte Betriebskassen für Invaliditätsversicherung und Alterspension haben, drohen damit, daß sie die Zahlung des Unternehmeranteils an der Versicherungsprämie einstellen werden, was angeblich (geschichtlich ist dies nicht zulässig) die versicherten Arbeiter um ihre Unterstützung- und Pensionsrechte bringen sollte. Die originellste Methode hat die Direktion der Cockerillwerke gefunden, die den bei ihr beschäftigten Streikbrechern nicht nur einen Lohnzuschlag bezahlt, sondern sie auch noch jeden Morgen mit Schinkenbrötchen und Wein traktiert und ihnen für ihre Frauen Zuckersachen zum Naschen mitgibt — Vorteile, auf die allerdings mehr als 90 Prozent von den Arbeitern dieses sonst nicht so sehr auf das Wohl seiner Arbeiter bedachten Betriebes verzichtet haben.

Die Fahrt von Lüttich nach Seraing führt an den Hoehöfen, Kohlengruben, Stahlgießereien, Walzwerken und Metallfabriken aller Art vorüber, die das ganze Maastal bis gegen Huy hinaus, das 30 Kilometer von Lüttich entfernt ist, füllen. Auf der bis Seraing reichenden, 8 Kilometer weiten Strecke liegt ein Werk an dem andern. Vom Wagen aus kann man in die Gießereien und Walzwerke hineinschauen; es ist überall so gut wie menschenleer. Nur an den Hoehöfen wird gerade genug gearbeitet, um die Oefen nicht auskühlen zu lassen, was für die Unternehmer allerdings von sehr großem Wert ist, denn das Wiederanmachen eines erloschenen Ofens soll, wie mit ein Genosse versicherte, etwa 150 000 Frank kosten. Die Streikbrecher, die hier arbeiten, werden nicht aus den Betrieben herausgelassen, wo für sie besondere Schlafstellen eingerichtet sind.

Es ist gerade um die Mittagszeit. Hier und da schlüpfen Streikbrecher aus den Toren der Fabriken und Werke heraus. Vor jedem Tor steht eine 20 bis 30 Mann starke Abteilung Infanterie, mitten auf der Straße patrouillieren Gendarmen. Das belgische Strafgesetz verbietet nämlich das Streikpostenstellen in jeder, auch in der harmlosesten Form, der berufliche § 310, der noch weit schärfer ist als der § 153 der deutschen Gewerbeordnung, bestraft außer mit Geldstrafen mit Gefängnis von 14 Tagen bis zu 6 Monaten jede Person, die Arbeitswillige entweder durch Drohungen und Einschüchterungen oder durch Ansammlungen in der Nähe der Betriebe belästigt, oder die sich an den Stellen aufhält, an denen die Arbeitswilligen auf dem Gange nach und von der Arbeit vorübergehen müssen. Dieser Paragraph, der schon zahllose unserer gewerkschaftlich tätigen belgischen Genossen auf Monate ins Gefängnis gebracht hat, ist es, der den patrouillieren-

den Gendarmen die Handhabe bietet, den Streikenden und ihrer Familie sogar den Aufenthalt vor der Tür ihrer Wohnung zu verbieten, wenn die „Arbeitswilligen“ dort vorüberziehen müssen.

Das Cockerillwerk in Seraing ist mit Militär vollgepfropft. In den Hauptstraßen spazieren überall Gendarmen, die mit ihren Säbeln und stumpfsinnig brutalen Gesichtern geradezu lokalisch aussehen, bis zu den Zähnen bewaffnet, zu Zweiten herum, um Ansammlungen und Zuwiderhandlungen gegen den § 310 zu verhindern. Man kann der Arbeiterbevölkerung des Lütticher Reviers kein schöneres Zeugnis der Kaltblütigkeit und eisernen freiwilligen Disziplin ausstellen, als daß man konstatiert, daß trotz dieser geradezu empörenden Provokationsmaßregeln und dem glühenden Haß, den die belgischen Arbeiter den Gendarmen nachtragen, bis jetzt nicht die geringste Ruhestörung vorgekommen ist.

Die Hauptstraßen von Seraing sind trotzdem mit Streikenden gefüllt, die gemühtlich ihre Pfeife rauchend herumspazieren und sich nur davor hüten, Ansammlungen zu bilden oder etwa vorübergehende Streikbrecher auch nur in einer Weise anzuschauen, die den Gendarmen Anlaß zum „Eingreifen“ bieten könnte — denn das belgische Reichsgericht hat ja entschieden, daß auch ein „drohender Blick“ als eine Zuwiderhandlung gegen § 310 zu bestrafen ist!

Ein parteigenössischer Stadtrat von Seraing — denn diese Gemeinde von 42 000 Einwohnern wird von den Sozialisten verwaltet, die alle Stige bis auf einen im Stadtverordnetenkollegium inne haben — führt uns in eine Volksschule, die gerade — es ist 1 Uhr mittags — von den Kindern verlassen worden ist. Mit berechtigtem Stolz zeigt er uns zunächst die überaus freundlichen und gesunden, in allen Ecken mit Pflanzen und Blumen geschmückten Schulräume. Ueber dem schwarzen Brett hängt eine mit einer roten Schleife geschmückte Bergarbeiterlampe — als ein Symbol dafür, daß in diesen von den Sozialisten kontrollierten Volksschulen den Kindern die Ehrfurcht vor der Würde der proletarischen Arbeit gelehrt wird. „Wollen Sie nun sehen — fragt unser Begleiter — was die Eltern unserer Schüler lesen? Und er holt aus einem Korb die Zeitung hervor, in die das Vormittags-Butterbrot gewickelt war. Es ist der „Peuple“. Sämtliche Punkte der einen Reihe werden auf diese Weise durchgenommen. Hier kommt der „Peuple“, dort der „Revue des Metallurgisten“ (die belgische Metallarbeiterzeitung), etwas weiter die „Tribune“, (das örtliche Wochenblatt der Partei) zum Vorschein — kein einziges bürgerliches Blatt ist darunter.

Ein Nebengebäude der Schule ist für die Schulkinder speisung eingerichtet. Im Hinblick auf den Generalstreik hat die Stadtverwaltung die Einrichtung dieser ständig geplanten Anstalt so beschleunigt, daß sie gerade am Montag, dem 14. April zum ersten Male funktionieren konnte. 6000 Kinder — ganz gleich, welche Schule sie besuchen, ob die liberale Klosterkirche oder die gemeindliche Volksschule — bekommen hier zu Mittag unentgeltlich Suppe und Brot. Die Portion Suppe ist allerdings so zubereitet und bemessen, daß sie mit dem hinzugegebenen Stück Brot eine vollständige Mahlzeit darstellt. Die Herstellungskosten betragen denn auch etwa 21 Centimes (17 Pfg.) pro Portion. An dem Tage waren für die 6000 Portionen u. a. gebraucht worden: 275 Kilo Rind- und Schweinefleisch, 50 Kilo Weizenmehl, 500 Kilo Kartoffeln, 30 Kilo Sellerie und 200 Kilo trockene Erbsen.

Die Gemeindegewerkschaft in Seraing streiken alle, bis auf die im Wasserversorgungs- und Gesundheitsdienst Beschäftigten. Die Arbeiter der Elektrizitäts-Zentrale — ein Privatbetrieb, der sämtliche Ortschaften des Industriebezirks mit elektrischem Strom versieht — streiken ebenfalls bis auf 20 Handlanger, denen 28 Pioniere und 26 Infanteristen, letztere zur Ueberwachung, beigegeben worden sind.

Der nächste Besuch war für die Kristallfabrik des Val Saint Lambert in Aussicht genommen. Hier wird zum ersten Male gestreikt und zwar so gut wie vollständig; von den 3600 Arbeitern sind kaum 100 — meist junge Mädchen, die mit Reinigungsarbeiten beschäftigt sind — an der Arbeit geblieben. Hier erlebten wir ein gar lustiges Reportageab-

Im Hochwald.

roman von Gustav Hedenvind-Eriksson
Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(1. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.
„Da oben am Grenzgebirge von Norwegen — begann er — hab' ich einen kostbaren Schatz, einen dunklen, weiten Hochwald. Drin in diesem Wald liegt ein Wehr für einen unruhigen kleinen Bach bauen. Die Verdämmung war solide, behauptete mein Inspektor — und ich glaubte das ebenfalls, aber im Frühling kam das Hochwasser und zerbrach sie und jagte viele tausend Stämme auf die Moore und Sümpfe hinaus, die einen stillen See umlagern. Da liegt nun mein Holz. Pferde können es von da nicht wiederholen, aber für starke Arme ist's eine Kleinigkeit. Die Stämme liegen auf Grund und Boden, der den Bauern gehört, und sie müssen fort, sonst bin ich ein ruinierter Mann. Ein verrückter Tourist hat sich in diese Gegend verirrt, er erzählt den Bauern die fabelhaftesten Dinge von ihren Wäldern und bringt ihnen ganz überflüssige Ideen bei — alles zu unserm Nachteil. Jetzt wollen wir den Leuten ihr Moorland reichlich bezahlen, das wird sie gefällig machen und zu unsern Gunsten stimmen und inzwischen wird sich das Gesetz und die Verfassung zu unserm Vorteil ändern lassen. Aber wir brauchen Hilfe, um dies Hindernis zu brechen. Verstehst Du mich, mein Junge?“
Hierauf holte er ein neues Goldstück hervor und legte es dem Niesen in die Hand mit den Worten: „Reiß' und hilf uns da oben. Ich will eine größere Summe Geld schicken, das soll uns die unerfahrenen Hinterwälder zu unsern gehoramen Dienern machen. Die Ideen des Touristen werden sie unter die Füße treten, und dann sind wir gerettet; hernach haben wir die Oberhand. Der Tourist mag seine Ziegen hüten — er soll ja jetzt angefangen haben, welche zu züchten, aber mein Gold soll der Hirt der Bauern werden. Aber Du und die andern, die ich gemorben, Ihr müßt uns helfen. Ihr sollt auch ein schönes Stück Geld dabei verdienen, das wird Aufsehen erregen und die Leute anlocken. Dann sollt Ihr ihnen das für die Arbeit Nötige beibringen, und damit ist der große Anfang gemacht.“
Jetzt legte er dem Niesen zwei blanke Goldstücke in die Hand und sagte: „Reiße, besinn' Dich nicht mehr lange!“
Der sah sich fragend um, aber er war schon im Gange und sagte unsicher: „Ja, ich reiße denn wohl. Aber...“
Der kleine Mann nahm seine Hand in seine beiden und jagte strahlend: „Von ganzem Herzen wünsch' ich Dir, daß Du bald ein wohlhabender Mann und glücklich mit Deiner Karre wirst. Ich bleib' Dir allzeit gewogen, Leb' wohl und Glück zu, Serki!“

Damit gingen die beiden auseinander und eilten, nach Haus zu kommen, denn es war spät geworden. Aber das Meer brauste noch immer sein Lied, indes die Weihe, die sich ermuntert hatte, ihnen neugierige Blicke von ihrer Tanne nachwarf.

Sonnendorf.

Drinnen im Land, in einem dunklen See, an einem der hochgewölbten Füße der nördlichen Berge liegt eine langgestreckte Landzunge mit hohen Ufern und freundlichen Laubwäldern, während Dornengebüsch und saftigem Gras in den Talsenkungen. Zwischen den sonnenverbrannten Häusern liegen mit Felsblöcken überdeckte Gebäude, über die sich hier und dort graue Fäune strecken, teils als Wegezeichen, teils als Scheide zwischen den Ländereien zweier Bauern. Aber zu oberst am Abhang steht das weiße Gehöft, das dem Inspektor Jan gehört, und glänzt in der Sonne. Es ist das jüngste im Kirchspiel, aber dennoch das stolze. Und am weitesten hinaus auf der Landzunge steht alt und müde die Kirche.
Das ist das schmuckte Sonnendorf vor zwanzig Jahren. So hat es schon viele hundert Jahre gelegen und an stillen Sommerabenden dem Gießbach gelauscht, denn der Bach kommt schänkend und brausend zu Tal, muß sich unten bei einem großen Felsen in zwei Wasserlein teilen, just ehe er in die Bucht fällt.

Am Strande stand Swen Rahnmacher*) und teerte einen Kahn — neben ihm stand der Pechgraben und brodelte über dem Feuer und die Sonne schien so warm, als wolle sie das Pech in die Bretter hineinbrennen.

Der Alte hatte es so eilig bei seiner Saniierung, daß er offenbar gar nicht die Hammerschläge hörte, die aus der Schmiede herunter klangen, wo der Schmied und seine Gefellen Haken und Stangen und Ketten für die Holzknichte im Kranichmoor verfertigten. Er schob nur seinen Priem aus einer Bade in die andere, spuckte und schmierte seinen Kahn und gewahrte nicht mal den schmächtigen Mann, der mit seiner Art über die Schulter neben de mBach daher kam und jetzt zwischen dem Gehüsch auf ihn zusteuerte.

Der Kommende mochte an die Fünzig sein und sah selbstsam genug aus mit seinem Numiengefißt. Die Haut sah ihm wie festgetrocknet, dazu war die Unterlippe mehr als üblich — ja, weit mehr als erlaubt ist, lang. Von einem Ohr zum andern ging ihm ein Bartkranz, dessen graue Stoppeln geradeaus standen. Im übrigen war das Gesicht glatt rasiert. Die Nase war lang und an der Nasenwurzel eng zusammengekniffen und die Augen sahen dicht aneinander. Nur zwei schwarze Zähne waren in seinem eingefallenen Mund zu sehen,

*) Den fehlenden Familiennamen ersetzt die Bezeichnung nach Fertigkeiten oder Eigenschaften.

dessen einer Winkel zusammen mit den kleinen plierigen Augen eine Art Lächeln, halb hoshaft, halb wehmützig, ausdrückte. Die Hofe schlotterte ihm wie zwei weite Säcke um die mageren Beine und war so zerrissen, daß das bloße Fell hindurch lugte. Das Hemd hing ihm hinten ein gutes Stück heraus und war obenrein so schmutzig, daß niemand zu sagen gewagt, woraus es ursprünglich gemacht war. So wie er ging und stand wäre der Mann für ein archäologisches Museum reif gewesen. In den Füßen sah er indes ganz leblich aus, denn er trug Schuhe aus Birkenrinde, die er sich selbst geflochten hatte.

Als er bei Swen ankam, fuhr er sich mit den langen, dünnen Fingern durch den Bartkranz und sagte guten Tag. Aber Swen erwiderte den Gruß nicht und sah auch nicht von seiner Arbeit auf.

Gleich darauf kitzte es wie Eisen hinten auf der Brücke, und die beiden Alten schritten ihren Blick nach dort. Ein hochgewachsener, hübscher, junger Mann mit einem Bund Ketten über der Schulter kam mit raschen Schritten heran.

„Guten Tag, Göran Maler!“ grüßte er und lächelte der lägligen Erscheinung zu.

„Gleichfalls guten Tag, Jonas Eriksson! Wo willst Du hin in solcher Eile?“

Nach dem Kranichmoor; mit neuen Ketten, wie Du siehst.“

Damit setzte Jonas Eriksson seinen Weg fort, aber der kümmerliche Göran blieb stehen und ließ die Lippe über Swens neugeteerten Kahn hängen, als hätte er etwas auf dem Herzen gehabt, getranke sich aber nicht, damit herauszukommen.

Schließlich wagte er doch eine Einleitung: „Sie haben's ja mächtig hild im Moor.“

Er sah über den See hinüber, rührte die lange Lippe und meinte dann: „Ihr habt gut bezahlt getrieget für Euren Sumpf.“

Aber Swen antwortete nichts. Göran Maler zog seine zerlumpte Hofe in die Höhe und fing wieder an: „Wer doch einen Kahn hat! Der taugt zu vielen Dingen.“

„Woll' ich meinen“, brummte Swen und sog auf seinem Priem.

Aber ich hab' keine Bohlen — wo ich auch anjag', keiner will mir welche schenken, und ich bin doch so arm.“

Aber Swen spuckte nur aus und erwiderte nichts. Bis Göran denn mit seinem wirklichen Anliegen herausrückte und fragte, ob er sich einige Stämme zu einem Kahn aus Swens Koppel holen dürfe. Im Augenblick hörte Swen mit seiner Arbeit auf und richtete sich gerade, sah Görans Lippe an und schweig noch ein Weiltchen. Aber dann brach das Ungewitter los: „Du verfluchter Laufeserl, Du Rogeldieb, Du

mir, zusammen mit zwei anderen Genossen in den Gebäudekomplex einzuwandern. Die Erzählung, wie das möglich war, will ich den Lesern sparen — genug, es gelang uns dank einem erheblichen Mutwand an Unverfrorenheit, einigen Schwierigkeiten in der telephonischen Verbindung zwischen dem Postergelände und dem Direktionskontor und einem gewissen Mangel an Uebereinstimmung zwischen den Ordres, die die Fabrikportiers und denen, die die überwachen den Mann erhalten hatten. Wir zogen gerade unter dem Schutz des Militärs ein, konnten uns den stillliegenden Betrieb in aller Gemütsruhe ansehen und wurden erst herausgeschmissen, nachdem wir von einer Gruppe überwachender Mannen und jugendlicher Streikbrecher ein paar photographische Zeit- aufnahmen gemacht hatten! Wenn man uns nur noch fünf Minuten dagelassen hätte, so hätten wir mitten in der Fabrik für die uns umflehenden Soldaten eine Verammlung mit der Tagesordnung: „Der Kampf der Arbeiter und die Armee“ halten können.

Auf der Rückfahrt, die per Eisenbahn vorgenommen wurde, bemerkten wir, daß in allen Bahnhöfen Militär einquartiert ist. Die Wartehäuser sind in Feldlager umgewandelt, überall spazieren Schildwachen auf und ab. Die Haltung der Soldaten kontrastiert übrigens scharf mit der der Gendarmen; als das Militär in Seraing einzog, wurde es von den Arbeitern mit Rufen „Es leben die Soldaten!“ empfangen, und das Benehmen der Soldaten der Arbeiterbevölkerung gegenüber läßt auf gegenseitige Sympathie schließen. Auf jede Frage, die ich an die Schildwache stehenden Soldaten richtete, bekam ich eine freundliche Antwort, und es kam mir vor, als ob diese Freundlichkeit besonders darauf zurückzuführen war, daß ich den grünen Knopf der Wahlrechtskämpfer im Knopfloch stecken hatte.

Als der Zug, der mich zurück nach Brüssel führen sollte, in den Bahnhof einfuhr, sagte mich der Stationsvorsteher verflochten bei der Hand und sagte mir in einem Tone, als erfüllte er eine moralische Pflicht: „Mein Herr, ich bin kein Sozialist, und werde es auch vermutlich nie sein; aber lassen Sie mich Ihnen sagen, daß die Ruhe und Würde, womit die Arbeiterschaft für ihre Sache kämpft, mich mit Bewunderung erfüllt. Ich habe noch nie etwas so Großes erlebt.“

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 22. April.

147. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundestatsstische: v. Heeringen, Delbrück.

Militärzeit.

(Sechster Tag.)

Die Beratung beginnt beim Kapitel „Festungswesen“. Hofrichter (SD.): Den Festungstädten wird die durch ihre wirtschaftliche Entwicklung bedingte Ausdehnung unterbunden, so daß sie ihre kommunalpolitischen Aufgaben nicht erfüllen können. Der Militarismus verjährt hier die durch die Hausgarnier veränderten Wohnverhältnisse, den eingebauten Festungswällen fehlt Luft und Licht. Daß der Militärverwaltung die Einsicht fehlt, wie schädlich diese Einschränkung der Festungstädte ist, zeigt Köln. Statt den Städten entgegenzukommen, zeigt sich die Militärverwaltung bei der Verlagerung von Festungsgelände und anderem Gelände vom kleinstädtischen Krämereisicht. Von großen Gesichtspunkten geht die Militärverwaltung nur bei ihren Forderungen aus. (Sehr richtig! links.) Die dringend notwendigen Anlagen bei Festungswällen scheitern sehr häufig am Widerstand der Militärbehörde oder werden durch ihre Forderungen ganz außerordentlich verteuert. Natürlich führt das zu unangenehmen Reibungen zwischen Militärverwaltung und Stadtverwaltung, von denen aber nichts an die Öffentlichkeit dringt, weil die Stadtverwaltungen Zucht haben, die Militärverwaltung könnte Veröffentlichungen übernehmen. Es muß schon sehr arg geworden sein, wenn eine Stadt sich zur Flucht in die Öffentlichkeit entschließt, wie jetzt in Köln. Dort sollte eine Gürtelbahn ein Industriegebiet erschließen, die Stadt mußte sich aber mit einer Teilsenkung begnügen, und es ist auch jetzt noch fraglich, ob selbst diese genehmigt werden wird. Auch bei dem Ausbau der rechtsrheinischen Vorortbahn wurde die Stadt gezwungen, 250000 Mark für Festungsbauten auszugeben. (Hört, hört! h. d. Soz.) Mit Recht klagte ein Stadtverordneter, ein Bahnbau in Köln mache mehr Schwierigkeiten, als selbst in China. (Hört.) Es wurde bereits eine Vereinigung der Festungstädte zu Schutz und Trutz angeregt. (Hört, hört! h. d. Soz.) Es darf nichts verkannt werden, um die Festungstädte aus ihrer schwierigen Lage zu befreien. Das Beste wäre die volle Beilegung der Festungen. Das wird ja in unserer Zeit der imperialistischen Bestrebungen und Kriegstreiberien nicht zu erreichen sein, aber es muß doch ernstlich geprüft werden, inwieweit noch eine Einschränkung der Festungen stattfindend kann. Auf alle Fälle müßte Wall und Graben in den Festungswällen beseitigt werden. Verlagerung von Festungsgelände sollte nur an die Stadt stattfinden, und zwar

genachkommen kann. Vor allem ist auch zu verlangen, daß die Kosten für Befestigungsbauten vom Militärfiskus getragen werden, nicht von den Städten. Werden diese Wünsche erfüllt, so würde der Militarismus nicht mehr wie bisher wie ein Alp auf den Festungstädten lasten. (Bravo! h. d. Soz.) Trimborn (Str.): Ich muß dem Vorredner widersprechen, daß das Verhältnis zwischen Stadt- und Militärverwaltung ein schlechtes ist. Die Forderungen, die der Militärfiskus erhebt, liegen doch im Interesse der Landesverteidigung. Freilich ist es bedenklich, daß die Militärverwaltung meist Richter in eigener Sache ist, weil ja der Natur der Sache nach Geheimhaltung geboten ist und deshalb eine Nachprüfung nicht stattfindend kann. Daß die Festungstädte schwere wirtschaftliche Nachteile haben, hat der Vorredner sehr richtig auseinandergesetzt. Sie tragen diese schwere Last im Interesse der Allgemeinheit, und deshalb sollte auch die Allgemeinheit ihnen helfen, indem die notwendigen Festungserweiterungen aus Reichsmitteln übernommen werden. (Bravo! im Ztr.)

Generalleutnant Wandel: Die Militärverwaltung fordert immer nur das, was im militärischen Interesse notwendig ist. Den Nachteil der Festungstädte stehen doch auch manche wirtschaftliche Vorteile gegenüber, z. B. haben sie meist größere Garnisonen. Von einem kleinstädtischen Krämereisicht, wie der Abg. Hofrichter behauptet, läßt sich die Militärverwaltung beim Verkauf von Grundstücken nicht leiten. (Beifall rechts.)

Weinhäuser (WP.) wünscht Aufhebung der Rayonbeschränkungen Danzigs.

Generalleutnant Wandel hält das Verhalten der Militärverwaltung in Danzig für gerechtfertigt.

Dr. Meißel (SD.): Von einem Entgegenkommen der Heeresverwaltung in Festungsfragen habe ich in Esch-Lathringen nichts gehört. Ohne Rücksicht auf militärische Interessen werden Forderungen gestellt, die beinahe den Eindruck machen, die Heeresverwaltung möchte ihre Rechte zu einer möglichst günstigen geschäftlichen Ausnutzung bringen. Die Erfahrungen in Straßburg und Metz bei der Ablösung der Rayonbeschränkungen zeigen kein Entgegenkommen der Behörden. Diese Terrainspekulation hat eine äußerst ungünstige hygienische unlogische Wirkung. Wünschenswert wäre, daß die Militärverwaltung ihre Geschäftstätigkeit auch den ignobilitierten Unternehmern gegenüber beweist. Eisenportlandzement wird per Wagon in Deutschland für 380 Mark verkauft, nach Frankreich für 250 Mark. (Hört, hört! links.) Die ungeheuren Ueberschüsse, die das Zementmonopol macht, finden zu einem großen Teil im Ausland Verwendung, denn das Syndikat hat einen Fonds geschaffen, aus dem die Konkurrenz, und das ist namentlich ausländische, durch Geldabfindungen beseitigt wird. Trotz des Zolles kaufen wir den deutschen Zement auf dem Wege über Frankreich billiger als bei direktem Bezuge in Deutschland. (Leb! hört, hört! h. d. Soz.) Wir müssen verlangen, daß die Militärverwaltung die Reichsmittel nicht widerspruchslos einem allmächtigen Syndikat zur Verfügung stellt. (Beifall h. d. Soz.)

Trimborn (Str.) wünscht Sicherstellung der Schreiber in den Artilleriedepots.

Behr (Wirtsh., Wgg.) klagt über die Verwendung von ausländischen Arbeitern bei Festungsbauten.

Generalleutnant Wandel meint, die ausländischen Arbeiter seien leider nicht entbehrlich.

Vizepräsident Dr. Pasche teilt mit, daß die Regierung die Statpositionen betr. die Erwerbung eines Grundstücks in der Viktoriastraße für Aufnahme des Militärlabineits zurückgezogen habe. (Hört, hört! und Beifall.)

Beim Kapitel 43 „Verzinsene Ausgaben“ führt Dr. Liebknecht (SD.) aus: Ich weiß nicht, ob unter dem Titel „Entschädigungen im Bereiche der Militärverwaltung“ auch der Ertrag von Schäden verstanden wird, die durch militärischen Terrorismus hervorgerufen sind. Der Fall des Moskireibehlers Arnold in Potsdam gehört zu den traurigsten Fällen, die wir bisher in Deutschland erlebt haben. Arnold hatte Lieferungsverträge mit verschiedenen Potsdamer Regiments. Er hatte mit der Sozialdemokratie nichts zu tun, stellte ihr aber mehrfach seinen Garten zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung. Darauf wurden ihm nicht nur von der Hofgärtnerei, sondern auch von den Regimentsmitgliedern die Lieferungen gekündigt, ja es wurde ihm sogar das Betreten der Rajernements untersagt. (Hört, hört! h. d. Soz.) Der Kriegsminister hat behauptet, daß dieses Vorgehen der Militärverwaltung keine politischen Gründe gehabt habe. Demgegenüber kann ich nachweisen, daß der Regimentskommandeur des 1. Garderegiments zu Fuß Arnold auf eine Anfrage als Antwort eine Annonce geschickt hat, die die Ankündigung einer Versammlung enthält, die ich in Potsdam abhalten sollte. Als Arnold dann das Geschäft auf seinen Sohn übertrug, und dieser sich um die Milchlieferung beim Gardeschützenregiment und bei der Unteroffizierschule bewarh, wurde sein Gesuch abschlägig beschieden, denn beide Kommandos hatten sich bei der Potsdamer Polizei erkundigt, ob der Antragsteller „der Sohn des Sozialdemokraten Arnold“ sei. Daraus geht doch hervor, daß das Verhalten der Militärverwaltung durch politische Gründe bestimmt worden ist

miert worden ist. (Leb! Beifall h. d. Soz.)

Generalleutnant Stabs: Bei der Untersuchung des Falles ist schon einmal festgestellt worden, daß sowohl das Infanterieregiment wie die Unteroffizierschule die alten Lieferanten beibehalten haben, von einem Boykott also nicht die Rede ist. Ich lege entschiedenste Verwahrung dagegen ein, daß behauptet wird, ein Offizier hätte die Unwahrheit gesagt. (Beifall rechts.)

Dr. Liebknecht (SD.): Das wesentlichste ist, daß sich die Militärverwaltung bei der Polizei erkundigt hat, ob Arnold der Sohn eines Sozialdemokraten sei, und daß sie ihm dann die Milchlieferung entzogen habe. Erwiesen ist jedenfalls durch das Eingeständnis des Kriegsministers, daß die Militärverwaltung das Recht in Anspruch nimmt, politischen Terrorismus auszuüben. Dieses Zugeständnis ist für unsere Agitation sehr angenehm, für den Kriegsminister allerdings wohl nicht. Arnold ist zwar noch nicht ruiniert, wird es aber durch die Maßregel der Militärverwaltung werden. Müßte die Militärverwaltung diesen Schaden nicht gut machen? Erwiesen ist die traurige Tatsache, daß die Militärbehörden in vollem Bewußtsein dieses systematisch geschwindige Verfahren gegenüber Bürgern ausdrücklich billigen. (Beifall h. d. Soz.)

Kriegsminister v. Heeringen: Ich verwehre mich dagegen, daß die Militärverwaltung irgendwo geschwindig verfährt. Ueber Disziplin gehen meine und des Abg. Liebknecht Ansichten auseinander.

Dr. Liebknecht (SD.): Daß das Vorgehen der Militärverwaltung objektiv geschwindig ist, ist nicht zu verkennen. Wenn der Kriegsminister diese Art des Boykotts für gerechtfertigt hält, so gibt dies Zugeständnis der Sozialdemokratie eine treffliche Waffe in die Hand. (Leb! Just. h. d. Soz.)

Der Titel wird bewilligt.

Die Ostmarkenzulage wird gegen die Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und der Volkspartei abgelehnt.

Bei den „einmaligen Ausgaben“ begründet Davidsohn (SD.) einen Antrag, 147000 Mark zu streichen, die zur Umwehung des Exerzierplatzes vor dem Schönhauser Tor in Berlin verlangt werden. Daß Exerzierplätze durch Mauern geschützt werden sollen, ist neu. Auch zu Baumpflanzungen auf dem Exerzierplatz soll die Summe mit verwendet werden. Mit diesen Baumpflanzungen aber ist bereits begonnen, vermutlich soll der Platz für die sogenannte patriotische Jugendbetätigung referiert werden. (Beifall h. d. Soz.)

Generalleutnant Stabs verweist darauf, daß die Polizei die Errichtung der Umzäunung angeordnet habe. Der Platz soll den Schulen wie andere Exerzierplätze zu Spielen zur Verfügung stehen. Die Verdächtigungen des Abg. Davidsohn ist also ganz unzutreffend. (Beifall rechts. Unruhe h. d. Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Pasche: Den Ausdruck „Verdächtigung“ im Munde eines Abgeordneten einem Regierungsvertreter gegenüber hätte ich nicht zugelassen.

Der Titel wird bewilligt.

Vizepräsident Pasche ruft den Abg. Liebknecht nachträglich zur Ordnung wegen des Vorwurfs gegen die Militärverwaltung, ihr Verfahren sei geschwindig.

Beim Kapitel Artillerie- und Waffenwesen beantragt die Kommission den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen für Reichsheer und Marine eine Kommission zu berufen, zu welcher vom Reichstag zu wählenden Mitglieder des Reichstages und Sachverständige zuzuziehen sind. Der Reichsanwalt wird ersucht, den Bericht der Kommission den gesetzgebenden Körperschaften mit Vorschlägen zur Beilegung etwaiger Mängel mitzuteilen.

Hierzu liegt folgender Antrag Albrecht (SD.) vor: Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution wird folgt zu fassen: 1. zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen für Reichsheer und Marine eine Kommission von 21 Mitgliedern einzusetzen; 2. den Reichsanwalt zu ersuchen, dem Reichstag unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der zu 1. genannten Kommission diejenigen Rechte eingeräumt werden, die den ordentlichen Gerichten für die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, sowie für die Anordnung der Durchsuchung und Beschlagnahme zustehen.

Leдебовур (SD.): Wir werden getrennte Abstimmung über die beiden Punkte unseres Antrages verlangen. Wir dürfen uns der Tatsache nicht verschließen, daß die Regierung in diesem Falle bis zu einem gewissen Grade Partei ist. Die Regierung wird sich dagegen verteidigen müssen, daß sie mindestens durch Unterlassungssünden es den Interessenten ermöglicht hat, das Reich zu schädigen. Wenn aber, was von allen Seiten anerkannt ist, in Bezug auf diejenigen Rüstungslieferungen, die als mit unlauteeren Manövern verknüpft, schon bekannt geworden sind, eine gewisse Mitschuld der Regierung festgestellt ist, dann wäre es höchst verkehrt, wenn Regierungsvertreter an der einzulegenden Untersuchungskommission teilnehmen würden. Bei den früheren Kommissionen, besonders bei der Landkommission für Deutsch-Südwestafrika, sind auch Erfahrungen gemacht worden, die nicht gerade dazu anreizten, daß wir hier der Regierung freies Hand in der Besetzung der Kommission lassen. Es waren damals Mitglieder der Kommission Leute, die Interessenten bei der Gesellschaft waren, deren Machinationen untersucht werden sollten. In ihrer Majorität hatte die Regierung diese Herren zu Mitgliedern der Untersuchungskommission ernannt. Von einem der Herren wurden sogar Verpöndungen über sein Verhalten in der Kommission abgegeben. Wir haben damals die Ueberzeugung gewonnen, daß die Kommission ihre Aufgabe nicht erfüllen konnte, weil ihr das Recht, die Zeugen eidlich zu vernehmen, nicht erteilt worden war. Daher verlangen wir einen Gesetzentwurf, durch den der jetzt einzulegenden Kommission diese Ermächtigung erteilt wird. Wir können uns auf die Erfahrungen berufen, die man in England mit solchen Kommissionen gemacht hat. Nur so werden wir zu einer gründlichen Erforschung aller der üblen Machenschaften gelangen. Wir stehen hier einem Konzern von Militärinteressenten gegenüber, die eine kolossale Macht im Staate und in der Gesellschaft haben. Wenn die Kommission nicht die verlangte Befugnis erhält, so erblicken wir darin eine große Gefahr, haben wir es doch in der Budgetkommission erlebt, daß ein Herr meinte, die Untersuchungskommission habe auch die Aufgabe unbedingte Angriffe zurückzuweisen. Wir können uns auf nette Dinge gefaßt machen, wenn Leute in die Kommission hineinkommen, die im Sinne dieser Kritiker ihre Aufgabe ausfüllen. Ein württembergischer Bundesratsbevollmächtigter hat den grundsätzlichen Standpunkt vertreten, den wir in diesem Antrage formuliert haben. Ich bitte, unseren Anträgen zuzustimmen. (Bravo! h. d. Soz.)

Vizepräsident Dove teilt mit, daß zwei handschriftliche Anträge Albrecht und Gensloff eingegangen sind, wonach zwei Drittel der Kommission aus Mitgliedern des Reichstages bestehen sollen und diese Reichstagsmitglieder nach Befür für die Besetzung der Kommission maßgebenden Grundfragen auf die Fraktionen zu verteilen sind.

Kriegsminister v. Heeringen: Der Abg. Leдебовур hat gesagt, es sei die Mitschuld der Regierung an den Boykottationen, die in den letzten Tagen hier besprochen worden sind, festgestellt worden. Eine solche Feststellung ist nicht erfolgt und konnte nicht erfolgen, weil eine Mitschuld der Regierung gar nicht vorhanden ist. Diese Angriffe auf die Heeresverwaltung weise ich daher mit aller Entschiedenheit zurück.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Es liegen zwei Resolutionen vor. Ich darf mich wohl der Hoffnung hingeben, daß

Hundsfänger? „Aus meiner Koppel? In meinem Leben nicht.“ Hier kam er nicht weiter; denn er wurde heiß wie ein Fiesel, ignob wie ein gereizter Stier und empfand offenbar Luft, wenn kein Wortklang oder noch tiefer bei seiner langen Lippe zu fallen; und höflich hätte er das auch getan, wenn Göran nicht Festengeld gegeben und in den Wald gelassen, so hätte wie ihn seine Beine trugen.

Nicht lang danach in einer schönen Sommernacht sah Grelis mit einem der fremden Arbeiter oben vom Moor vor seiner Haustür. Der Grelis ist der Riese von der Küste, aber Grelis ist uns noch nicht bekannt — wohl aber den Leuten in Sonnenborn; denn er handelt mit Wald und ist ein Herz und eine Seele mit dem Jägermeister Jan. Es lag etwas von Bauern-achtbarkeit über dem Allen und er war der Vater von Jonas Grelis.

Die Unterhaltung drehte sich um „den Touristen“, einen Mann namens Plan, der vor zwei Jahren beim Küper Vorteil gemacht und der versprochen, daß der Kampf der Arbeiter- gesellschaften zwar zu sehen kommen würde. „Darin hatte er allerdings recht“, meinte Grelis, ließ aber doch durchschimmern, daß dieser Tourist ein Phantom sei, der ständig darauf finne, der Waldwirtschaft an den Krügen zu kommen.

Der Fremde sah auf den See hinaus nach einem Kahn, der von der Insel kam, und antwortete nicht. Es war so still, daß jeder Ruderschlag herübertröte und den See anrollen.

Schließlich rief der Kahn aus Ufer bei der Sandgrube, wo ihn das düstere Gesicht vor allen Blicken versteckte.

„Das ist der Herr Küper!“ sagte Grelis und hand be- deutend vorwärts Platz auf. Und dann hatte er es gesagt, als sah Herr Göran in seinem kümmerlichen Habit auf der Ebene stehen den Mann anzuhauchen. Einige glänzende Fische lagen ihm am Fuß. Ueber der Schulter trug er eine Angel- taube und hielt verächtlich weiter.

Aber Grelis machte er zurück, daß die Fische durchge- wendet seien, und die beiden vor der Haustür hätten eine Markte Stimm: „Na, endlich Du Kamp!“

Göran wollte davonlaufen, aber ein wohlgenährter Mann verriet ihm den Weg und brachte ihn mit einem einzigen Faustschlag zu Fall, worauf ein wahrer Hagelstauer von Schimpfwörtern und Schlägen herabtraffte, bei dem der arme Göran kläglich winselte und sich vor Angst und Schmerz krümmte.

Der Fremde wollte hinterzucken und die Gegner trennen. Aber Grelis rief davon ab. Göran sei diesen Lang schon wert; zudem sei es der Küper, der mächtigste Bauer im ganzen Ritzschpelle. „Und“, sagte Grelis, „der wird schon das richtige Maß treffen; denn Göran kriegt so leicht nicht zu viel.“

Jetzt sahen sie, wie der Küper sein Opfer zerrte und knietelte, daß die Fische vom Gurt abrissen, und sie hörten ihn kränken: „Untersteh' Dich wieder, meinen Kahn zu hehlen. Es ist mein Kahn! Verstehst Du das? Mein Kahn!“

Und Göran schrie: „Laß doch, laß doch! lieber Küper! Au! Ich will's auch nie wieder tun, nie wieder!“

Wie der Küper hörte nicht und droh weiter; und Göran wälzte lauter und lauter. Als ob da unten auf dem Anger zwei uneliche Geister gekämpft hätten.

Aber mit einmal fuhr der Küper in die Höhe und brüllte jetzt seinerseits: „Au, au! Laß mich doch!“

Göran hatte in der äußersten Not seine zwei Hauer ge- braucht, und das war seine Rettung. Bei dem scharfen Biß ließ der Küper den Gurt fahren, und es dauerte auch nicht lange, bis dieser im vollen Rückzug begriffen war — freilich mit Verlust; denn das eine Hakenbein war auf dem Schlag- feld geblieben. Von ihrem Stand vor der Haustür sahen die beiden Männer das nackte Bein zwischen den Baumstämmen schimmern, als Göran wälzte davon trabte.

Grelis machte schadenfroh bei dem Anblick, aber der Fremde- lings von Sonnenborn lauchte nicht, sondern bot Gute Nacht und meinte: „O, ich lerne mich gut aus; die Welt ist ja überall gleich; aber den niedrigsten Janu will jeder hettern.“

Damit ging er seines Weges.

(Fortsetzung folgt.)

*) Ein... der Hand hängt, am ihr Geld zu verkaufen. Er... das nie ein...
*) Ein... der Hand hängt, am ihr Geld zu verkaufen. Er... das nie ein...
*) Ein... der Hand hängt, am ihr Geld zu verkaufen. Er... das nie ein...

Die Resolution Albrecht und Genossen abgelehnt und nur die Resolution der Budgetkommission angenommen wird. Ich halte aber einige Bemerkungen zu der Resolution Albrecht für nötig. Sie fordert die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung tatsächlicher Verhältnisse. Die Einsetzung einer solchen Kommission würde in der Verfassung ihre Grundlage nicht finden. (Zust. rechts.) Weiter will der Antrag der Kommission das Recht der Zeugenvernehmung wie den Gerichten beilegen, und wünscht dazu die Einbringung eines Gesetzes. Einen solchen Gesetzentwurf kann ich nicht in Aussicht stellen, auch würde es den verfassungsmäßigen Grundlagen des Reiches widersprechen. Auch bezüglich der von der Budgetkommission verlangten Kommission hat der Reichszentraler das gleiche verfassungsmäßige Bedenken. Die Aufstellung des Programms der Kommission ist nach Lage der Verfassung Sache des Reichszentralers. Der Reichszentraler hält es aber für erwünscht, über die Fragen der Verfolgung unseres Heeres mit Waffen- und Kriegsmaterial in weitem Umfange Sachverständige zu hören, und ist auch gern bereit, sich dabei der Sachkunde von Mitgliedern des Hauses zu bedienen. Eine solche Untersuchung wird Mißstände so wenig feststellen, wie etwa eine Mißschuld der Regierung an Mißständen. Der Reichszentraler setzt eine solche Kommission vor allem in dem Bestreben nieder, zweifelhafte Vorgänge aufzuklären, und dabei niemanden zu schonen. Der Reichszentraler ist daher bereit, den Wünschen insoweit stattzugeben, daß er alsbald eine Kommission bilden wird, aus Vertretern der beteiligten Ressorts und aus geeigneten Sachverständigen. In diese Kommission sollen auch Mitglieder des Reichstages berufen werden, wobei die Wünsche der Parteien berücksichtigt werden sollen.

Graf Westarp (K.): Meine Freunde sowie die Reichspartei werden gegen den Antrag Albrecht und gegen die Resolution der Kommission stimmen; wir wünschen nicht in die Rechte der Exekutive einzugreifen. Die Resolution ist ja auch nach der Erklärung des Reichszentralers gegenstandslos. Erzberger (Z.): 1905 ist bereits eine gleichlautende Resolution angenommen worden, und der Bundesrat hat ihr zugestimmt. Der Reichstag muß sich sehr wohl darum kümmern, ob die von ihm bewilligten Summen auch zweckentsprechend ausgegeben werden. (Lebh. Zustimmung.) Wir würden ja sonst zu einer reinen Registriermaschine werden. Der bloße Umstand, daß wir für Lieferungen, solange sie nur von einer Firma Krupp übertragen waren, 60 bis 80 Prozent mehr bezahlt haben (Hört, hört!), rechtfertigt allein schon die Einsetzung einer solchen Kommission. Ich muß auf entscheidende Verwahrung einlegen gegen eine solche Einschränkung unseres Budget- und Kontrollrechts, wie sie Graf Westarp will. (Lebh. Zustimmung.) Der Antrag Albrecht ist bedeutungslos, da ja nach der Erklärung der Regierung eine solche Kommission nie ins Leben treten würde.

Paasche (M.): Schließt sich dem Vorredner an. Dr. Müller-Weinungen (Sp.): Wir haben in der Kommission gegen den Antrag gestimmt, weil er uns nicht weit genug geht, denn wir wünschen eine reine Parlamentarismuskommission, denn nur diese genießt das Vertrauen der weitaus meisten Kreise. Nach den Ausführungen des Staatssekretärs dürfte der Reichstag überhaupt nie die Initiative zu einer Verfassungsänderung ergreifen. Wir werden für den Antrag Albrecht stimmen, und wenn dieser abgelehnt wird, für den der Kommission, um wenigstens etwas zu erreichen. (Beifall bei der Volksp.)

Staatssekretär Delbrück: In dem Antrag Albrecht sehe ich einen Antrag auf Handlungen, die in der Verfassung nicht begründet sind. Wenn Sie eine Verfassungsänderung wünschen, so müssen Sie sie beantragen; aber eine Verfassungsänderung dahin, daß derartige parlamentarische Untersuchungskommissionen nach englischem Muster eingeführt werden, dürften die verbündeten Regierungen kaum zustimmen. Das Budget- oder Kontrollrecht des Reichstages bezweckeln oder einschränken zu wollen, liegt mir völlig fern. Eine gemischte Kommission kann nicht der Reichstag einsetzen, sondern nur der Reichszentraler, weil das eine Verwaltungsmaßregel ist, und er hat sich bereit erklärt, eine solche Kommission einzusetzen.

Dr. Frank-Mannheim (SD.): Der Staatssekretär hat in seiner ersten Rede erklärt, die Anträge seien verfassungswidrig, und hat diesen schweren Vorwurf nicht zurückgenommen. (Staatssekretär Delbrück: Das kann ich ja gar nicht!) Er erhält ihn also aufrecht. Es wird Sache des Reichstages sein, diesen Vorwurf in geeigneter Form energisch zurückzuweisen. Der Staatssekretär kann zu der Aufklärung nur kommen, wenn er meint, eine Kommission, die gewisse Vorgänge prüfen will, will eine Exekutive ausüben. Die Kommission soll lediglich das Kontrollrecht ausüben. (Lebh. Zust.) In der Verfassung ist eine solche Kommission freilich nicht vorgesehen, aber sie ist auch nicht verboten, es kann in der Verfassung eben nicht jeder Schritt vorgesehen sein, den der Reichstag in Ausübung seiner Rechte tun darf. (Lebh. Zust.) Nun zur Frage, wer die Kommission berufen soll. Die Regierung scheint sich über ihre Position vollständig im unklaren zu sein, wenn sie sich gegen diese Antragwehrt, sie weiß offenbar nicht, bis zu welcher Tiefe das Mißtrauen geht. (Lebh. Sehr richtig!) Die Kommission kann nur wirken, wenn sie vom vollen Vertrauen des Landes getragen ist. Eine von der Regierung einberufene Kommission wird ein Vertrauen im Lande nicht genießen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Eine solche würde nur das Vertrauen haben, das die Regierung selbst hat, und daß dieses Vertrauen auf ein Minimum gesunken ist, darüber sollte die Regierung sich keiner Täuschung hingeben. Soweit der Antrag der Kommission das Recht auf Zeugenvernehmung geben will, bedeutet er eine Weiterbildung der Verfassung, aber eine notwendige. (Sehr richtig!) Wenn die Kommission in dem von der Regierung vorgezeichneten Rahmen arbeitet, kann sie nur das von der Regierung vorgelegte Material prüfen, nicht aber die Geschichte der Vorgänge aufklären. (Lebh. Sehr wahr!) Wird unser Antrag abgelehnt, so haben wir den der Kommission amendiert in einer Weise, daß die einzusetzende Kommission wenigstens in der Mehrheit aus Vertretern des Volkes besteht, die nach denselben Grundsätzen hineingesandt werden wie sonst in Kommissionen dieses Hauses. (Zuruf des Abg. Arendt.) Ich begreife Ihren Schmerz, Herr Arendt, aber wenn die Kommission auf die wertvollsten Dienste der freikonfessionellen Partei verzichten muß, so wird das für die Aufklärung dienlich sein. (Beifall b. d. Soz.)

Dr. Spahn (Str.): Das Mißtrauen des Volkes gegen die Militärverwaltung ist durchaus noch nicht beseitigt. Das Kontrollrecht ist das wichtigste Recht des Reichstages, daher bitte ich der Resolution der Budgetkommission zuzustimmen.

Graf Westarp (K.): Die Verwaltung des Reiches geht vom Bundesrat aus; der Reichstag hat nur soweit mitzuwirken, wie die Verfassung besagt.

Walstein (Forstsch. Bpt.) konstatiert, daß die Nr. 1 der sozialdemokratischen Resolution nach Ansicht des ganzen Hauses zweifellos innerhalb der jetzigen Befugnisse des Reichstages liegt. In der Nr. 2 liegt wohl eine Fortbildung unserer konstitutionellen Verfassung vor, aber nur auf dem gewöhnlichen Wege des Erlasses eines Gesetzes. Der Abg. Spahn lehnt den Antrag der Sozialdemokraten nur aus tatsächlichen Gründen ab, obwohl er ihm prinzipiell zustimmen muß.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Abg. Frank hat gesagt, daß ein tiefes Mißtrauen im Volke gegen die Regie-

rung bestünde, und daß man nicht das Vertrauen hätte, daß eine von der Regierung eingesetzte Kommission unparteiisch arbeiten könne. Tatsachen für diese Behauptungen sind nicht vorgebracht. (Lachen links.) Die wenigen Fälle von Bestechung, die gelegentlich überall einmal vorkommen können, werden unmöglich die Behauptung begründen, daß eine ganze Regierung das tiefste Mißtrauen verdiene. Auch Abg. Spahn sprach von dem Vorhandensein eines Mißtrauens. Ich muß gegen solche Behauptungen Verwahrung einlegen. Ich schlage vor, die gemischte Kommission mit den von mir vorgeschlagenen Modifikationen anzunehmen, weil wir alle befreit sind, redlich unsere Pflicht zu tun, und weil in weiten Kreisen des Volkes die Meinung besteht, daß die Regierung und ihre Beamten absolut intakt sind. (Beifall rechts.)

Lebedour (Soz.): Wenn auf Antrag unserer Partei oder anderer Parteien die Frage der eidlichen Vernehmung durch eine Kommission prinzipiell geregelt wird, dann dürfen wir der Zustimmung des Abg. Spahn und seiner Fraktion hoffentlich sicher sein. Diese Schlussfolgerung ist gerechtfertigt, wenn sich auch der Abg. Spahn jetzt in Schweigen hüllt. Es ist relativ gleichgültig, ob der von uns beantragte Gesetzentwurf eine Verfassungsänderung enthält oder nicht. Fürst Bismarck hat seinerzeit selbst die Forderung bekämpft, daß man die Einführung von Verfassungsänderungen erschwere. Es wurde die Möglichkeit offen gelassen, die Verfassung, soweit es nötig würde, einfach auf dem Wege der Gesetzgebung zu ändern. Dieser status quo, der damals von der Regierung veranlaßt wurde, ermöglicht es uns, jetzt leichter eine Verfassungsänderung herbeizuführen, selbst wenn es der Regierung unbequem ist. Der Staatssekretär und der Kriegsminister haben sich dagegen vermahrt, daß die Regierung in den hier in den letzten Tagen erörterten Fragen schuldig sei, wenigstens durch Unterlassungssünden. Im Falle der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik sind der Regierung von meinem Freunde Liebknecht eine Reihe von Tatsachen mitgeteilt worden, und es ist daher der Regierung als Unterlassungssünde schwerster Art anzurechnen, daß sie keine entsprechenden Maßregeln getroffen hat. Die Korruptionsbände der Kriegsheer kann leicht behaupten: dieser Regierung gegenüber brauchen wir uns garnicht zu genieren, die schluckt alles. Der Kriegsminister hat die schweren Enthüllungen Liebknechts, deren Richtigkeit er durchaus nicht bestritten hat und bestritten konnte, dadurch zu entkräften gesucht, daß er sagte, wir könnten eben so gut behaupten, daß die Munitionsfabrikanten den weiteren Krieg verursacht hätten. (Zuruf: Am Ende haben wir den Balkankrieg verursacht!) Ein solcher Zuruf ist geradezu frivol. (Präsident: Kämpf ruft den Redner für diesen Ausdruck zur Ordnung.) Im Falle Krupp hat der Kriegsminister anstatt über solche Mischgeschäften das Urteil zu fällen oder anstatt sich Meinungsäußerungen vorzubehalten, es für angebracht erachtet, dieser Firma ein Loblied zu singen. Das ist ein Verhalten, das meiner Ansicht nach über den Begriff der Unterlassungssünde hinausgeht. Ich erinnere auch an die Affäre Toppelstrich u. Co. Wenn nun noch bestritten werden sollte, daß die Reichsregierung an der Tatsache, daß das Deutsche Reich durch Mischgeschäften schwer geschädigt worden ist, durch seine Haltung, die mindestens als Unterlassungssünde bezeichnet werden muß, mitschuldig ist, dann werden wir uns bemühen, aus der neuesten Zeit noch andere Tatsachen anzuführen. (Beifall bei den Soz.)

Martin (Sp.): Eine Aufklärung wünschen auch wir; die geben uns aber unsere unabhängigen Gerichte. (Lachen bei den Soz.)

Dr. Paasche (M.): Das Mißtrauen im Volke kann nur durch eine Kommission beseitigt werden, wie sie die Budgetkommission wünscht, nicht wie sie die Regierung verlangt. — Gegen die Beschränkung der Rechte des Reichstages auf lediglich staatsrechtliche und rechnungsmäßige Kontrolle, wie Graf Westarp dies konstruiert hat, muß der Reichstag energisch protestieren. (Lebh. Beifall.)

Graf Westarp (K.): Auch ich habe anerkannt, daß der Reichstag die Zweckmäßigkeit der Ausgaben zu prüfen hat.

Die Diskussion schließt.

Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird die Resolution der Budgetkommission angenommen.

Zimmermann (M.) protestiert unter lebhafter Anzuhe des Hauses in erregtem Ton gegen den Vertrieb der Generalstabkarten durch pensionierte Offiziere, wodurch der Buchhandel erheblich geschädigt wird, und beantragt Aufhebung der Kartenvertriebsstellen.

Generalleutnant Stabs bittet, den Versuch mit den Kartenvertriebsstellen nicht zu unterbinden.

Die Abgeordneten Erzberger (Z.), Dr. Südekum (SD.) und Dr. Semler (M.) unterstützen den Antrag Zimmermann.

Der Antrag Zimmermann wird angenommen. Der Rest des Staats wird debattelos erledigt.

Hierauf verlagert sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr. (Ort des Reichsmilitärgerichts, des Rechnungshofs, des Reichsschatzamts; kleinere Vorträge.)

Schlus: 8 Uhr.

Aus der Partei.

Die preussische Justiz und die Presse. Selten hat sich die Justiz so — na, sagen wir, widerspruchsvoll — gezeigt wie in einem langwierigen Prozeß gegen das „Volksblatt“ in Mülhausen i. Thür. Die Genossen Markewitz und Gehner waren vor einigen Monaten von der Strafkammer in Mülhausen wegen Lehrerbeleidigung zu 100 bzw. 20 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Sie hatten die harten Züchtigungen der Schulinspektoren und konnten vor Gericht einen umfangreichen Wahrheitsbeweis antreten. Damals kam die Strafkammer zu dem Ergebnis: „Der Inhalt des Artikels sei im wesentlichen wahr.“ Lediglich wegen der Ausdrücke „Eine beachtenswerte Prügelei“ und „prigelnder Pädagoge“ wurde auf Strafe erkannt, weil darin eine formelle Beleidigung liege. In der Begründung des Urteils wurden die Züchtigungen des Lehrers äußerst abfällig kritisiert; auch sagte das Gericht, daß sehr mißliche Schulzustände enthüllt worden seien, die die Schulbehörde abstellen müsse. Auf die eingelegte Revision hob das Reichsgericht dieses Urteil auf. In der kürzlich wiedergegebenen Entscheidung, die von grundsätzlicher Bedeutung war, hieß es, die Strafkammer möge erklären, ob die als beleidigend angesehenen Bezeichnungen infolge des geführten Wahrheitsbeweises nicht tatsächlich gerechtfertigt seien. In der neuen Verhandlung stand die Strafkammer nunmehr vor der Wahl, entweder auf Freisprechung zu erkennen, oder zu einem anderen Ergebnis der Beweisaufnahme zu kommen. Und die Mülhäuser Strafkammer konnte sich nicht zu der Ueberzeugung durchringen, daß die Redakteure einen verurteilenswerten Mißstand mit Recht kritisiert und sich damit Dank und natürlich Freisprechung verdient haben; um dem Reichsgericht gerecht zu werden, formte sie sich eine andere Bemerkung der Beweisführung. Es standen die gleichen Zeugen wie bei der ersten Verhandlung vor Gericht; sie machten die gleichen Aussagen und vielfach noch eindrucksvoller als zuerst. Die Strafkammer aber verkündete diesmal: das Gericht hält den Beweis der Wahrheit nicht für erbracht! Die früheren Strafen wegen formaler Beleidigung erachteten nun angemessen aus dem neuen Grunde. Um das Bild dieses apparen-

talles zu vervollständigen, ist erwähnt, daß es zude dieselben Richter waren, die sich auf so glänzende Art widerlegt haben.

Die Polizeiaktion des Dreiklassenparlamentes vor dem Reichsgericht. Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich am Mittwoch mit den für das Ansehen der preussischen Volksvertretung so schmachvollen Szenen, die am 9. Mai v. Js. die reaktionären Gewalten im preussischen Abgeordnetenhaus veranlaßt hatten. Das Reichsgericht hatte zu entscheiden, ob der § 64 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses, durch welchen dem Präsidenten die Befugnis eingeräumt ist, einen Abgeordneten zeitweilig aus der Sitzung zu entfernen, zu Recht besteht; ferner, ob ein Abgeordneter, wenn er den Anordnungen des Präsidenten Widerstand leistet, sich des Hausfriedensbruchs und den herbeigerufenen Polizeibeamten gegenüber des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig macht. Genosse Borchardt war vom Landgericht Berlin wegen Hausfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 100 Mk. Geldstrafe, evtl. 10 Tagen Gefängnis, Genosse Leinert wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 20 Mk. Geldstrafe, evtl. 5 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt, die vor dem Reichsgericht von den bisherigen Verteidigern der Angeklagten, den Genossen Haase, Heine und Heinemann vertreten wurde. Nach eingehenden Verhandlungen wurde die Urteilsverkündung auf den 6. Mai festgesetzt.

Landtagskandidaten-Aufstellung in Mannheim. Durch Urabstimmung wurden die Genossen Geiß, Süßkind, Kramer, Böttger und Lehmann als Kandidaten nominiert. Vier Kreise sind sicher, der dritte Stadtkreis, in dem Genosse Lehmann kandidiert, erscheint dagegen ziemlich aussichtslos.

Russische Justiz. In Odesa wurden dieser Tage sieben Personen wegen Zugehörigkeit zur Odesaer Gruppe der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Kurlands zum Verlust aller Rechte und zur lebenslangen Deportation nach Sibirien verurteilt. In Grodno verurteilte die Gerichtskammer den Angeklagten Smolitschansky wegen Zugehörigkeit zum „russischen Arbeiterbund“ und wegen Verbreitung von Flugblättern zum Verlust aller Rechte und zur sechsjährigen Zwangsarbeit. Dies sind typische Fälle aus der gerichtlichen Verfolgung der Sozialdemokratie nur für wenige Tage.

Der preussische Regierungsapparat gegen die „Volksfürsorge.“

Einen höchst interessanten Einblick in die Art und Weise, wie von Amts wegen gegen die „Volksfürsorge“ gearbeitet wird, gestattet ein Bericht, der „Bergarbeiter-Zeitung“ über eine vom Landrat des Kreises Lüdinghausen, Reg.-Bez. Münster, abgehaltene „vertrauliche Besprechung“ zugegangen ist. Bei aller Vorsicht, die der Herr Landrat bei den Einladungen beobachtete, ist ihm doch das Malheur passiert, daß er infolge einer Verwechslung auch einen Angestellten des Bergarbeiter-Verbandes eingeladen hat. Der Eingeladene ist dem Rufe gern gefolgt und hat im Interesse der guten Sache auch noch den Bezirksleiter des Bergarbeiter-Verbandes (Kübler) mitgehen heißen.

Es waren zu der Besprechung im Kreishause eingeladen die Vorsitzenden der Feuerwehr, der Kriegervereine, Darlehnskassen, katholischen Gesellenvereine, evangelischen und katholischen Arbeitervereine, die Vertrauensleute und Angestellten der christlichen Gewerkschaften und die Vertrauensleute der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften.

Über den Verlauf der Besprechung wird folgendes anschauliche Bild gegeben:

„Der Landrat, Graf von Westfalen, leitete die Sitzung mit einer längeren Ansprache ein, in welcher er betonte, daß die Gründung einer „nationalen“ Volksfürsorge auf breiter Grundlage zur dringenden Notwendigkeit geworden sei, um der immer weiteren Ausbreitung der Sozialdemokratie einen Riegel vorzuschieben.

Wenn die Sozialdemokratie „im Kreise Lüdinghausen“ auch noch nicht allzu viel Boden gewonnen hätte, so wäre doch die Tatsache nicht von der Hand zu weisen, daß der „alte“ Verband immer mehr Anhang gewinne, und wäre erst dieser vorhanden, so würde es der Sozialdemokratie immer leichter, sich Anhang zu verschaffen. Die Gefahr würde immer größer, wenn erst der alte Verband in der Lage sei, den Mitgliedern die Vorteile der „Volksfürsorge“ zu bieten. Als der Beschluß zur Gründung einer „Volksfürsorge“ auf dem Dresdener Kongress gefaßt wurde, sei zuerst die Regierung der Meinung gewesen, sie würde dieser „Volksfürsorge“ die Genehmigung verweigern können. Dies sei aber nicht der Fall. Die Gewerkschaften hatten solche Tarife eingereicht, denen die Genehmigung von Regierungsseite nicht verweigert werden könne. Es müßte in einigen Tagen die Erlaubnis zur Geschäftsführung der „Volksfürsorge“ erteilt werden. Möglich sei, daß dies sich noch einige Zeit hinausschieben lasse, aber die Gefahr der Tätigkeitsaufnahme von den freien Gewerkschaften bleibe bestehen und wäre doppelt groß, weil die nationalen Gewerkschaften nicht in der Lage seien, „Volksfürsorge“ etwas Ebenbürtiges zur Seite zu stellen. Aber, meint der Herr Landrat, das wäre auch nicht so leicht, denn die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ sei so gestärkt, daß sie auch wirklich den Arbeitern große Vorteile bietet. Die jetzt bestehenden Versicherungen könnten lange nicht an die geplante sozialdemokratische Volksfürsorge herantreten. Durch den Zusammenschluß der 26 Gesellschaften, der bereits erfolgt sei, könne keine gleichwertige Volksfürsorge geschaffen werden, dies könnte nur durch gemeinnützige nationale Volksversicherungen erreicht werden, die auf Gegenseitigkeitsverträgen beruhen. Man habe lange den Gedanken ventiliert, daß die Regierungsorgane die Versicherung leiteten und die Beamten die Organisationsarbeiten ausführten. Das wäre aber auch nicht angängig, weil die große Masse gegen die Regierungsorgane zu mißtrauisch sei. Deshalb hätte er auch die Vertrauensleute der Gewerkschaften eingeladen, denn sollten die Arbeiter, die Handwerker oder Landwirte für das Unternehmen gewonnen werden, kann das nur durch die selbst gewählten Vertrauensleute geschehen. Als er (der Herr Landrat) sich in dieser Angelegenheit an die Regierung gewandt habe, sei er an die

...n Mathematiker Dr. Meier-Berlin ver-
...n wurden, der zu dieser Sitzung erschienen sei, um
... Beteiligten die Wohlthaten der nationalen Versiche-
...ung klar zu machen. Der Herr Regierungsprä-
...sident interessierte sich ebenfalls sehr für die Sache
... und habe einen Dezenten zu der Sitzung entsandt.

Nach dem Landrate meldete sich der „christliche“ Be-
...zirksleiter Fiege aus Linen zur Geschäftsordnung und
... fragte, ob der Bezirksleiter des „sozialdemokratischen“ Berg-
...arbeiter-Verbandes auch geladen sei, und wenn nicht, ob
... er an der Sitzung teilnehmen dürfte? Der Landrat teilte
... mit, daß an Sozialdemokraten keine Einladung ergangen
... sei jedoch sei er dafür, dem anwesenden Sozialdemokraten
... die weitere Teilnahme zu gestatten, was denn auch ge-
... schah. Damit wurde aber dem Referenten Dr. Meier-
... Berlin das Konzept derart verdorben, daß er es vorzog,
... seine Anzeigen beiseite zu legen und aus dem Stegreif zu sprechen. Er gab über die geplante
... „nationale Volksfürsorge“ nur ein ungenaues Bild, be-
... stonte aber, daß die Verwaltung von den Regierungs-
... organen im Nebenamt geführt werde, um somit die Ver-
... waltungskosten herunterzudrücken. Die „nationale Volks-
... fürsorge“ soll provinzweise organisiert werden, die
... aber miteinander wieder in ein Gegenstandsverhältnis
... traten, um bei eotl. Epidemien allen Anordnungen ge-
... machien zu sein. Sechs preußische Provinzen: Schlesien,
... Ost- und Westpreußen, Posen, Brandenburg und Pom-
... mern hätten je 50 000 Mk., also schon 300 000 Mk. zum
... Betriebsfonds gestiftet. Weitere Provinzen wie: Sachsen,
... Rheinprovinz und Hessen-Nassau hätten sich schon bereit
... erklärt, sich der „Volksfürsorge“ anzuschließen und auch
... Westfalen habe zugesagt. Die Regierung rechne damit,
... daß alle nationalen Arbeiterorganisationen das Unternehmen unterstützen, die Einkassierung
... der Beiträge usw. übernehmen werden. Denn nur
... dann, wenn alle auf nationalen und vaterländischen Boden
... stehenden Arbeiterorganisationen tatkraftig Hand ans
... Werk legen, könne eine ebenbürtige „Volksfürsorge“ gegen
... die sozialdemokratische geschaffen werden.“

Soweit der Bericht der „Bergarbeiter-Zeitung“. Der
... Landrat hat sich sehr offen ausgesprochen; er war der
... Meinung, daß er sich „unter uns Gegnern der Sozial-
... demokratie“ keinen Zwang aufzuerlegen brauche. Daß
... „Unberufene“ unter den Zuhörern waren, ist sein Pech
... und ein Glück für das Volk, denn so offenbart sich wieder
... einmal der Skandal, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft
... mit anderem Maße gemessen wird als andere. Da be-
... stehen Reichsgezeuge, die für alle gleich sein sollen, und der
... Landrat verrät, daß man gehofft habe, die von den Ge-
... werkschaften geschaffene „Volksfürsorge“ außerhalb des
... Gesetzes stellen zu können, und er gibt der Hoffnung Aus-
... druck, daß sich die Genehmigung vielleicht auch jetzt noch
... „eine Weile hinausziehen“ lasse. Preussische Regierungs-
... praktiken!

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Aussperrung im Malergewerbe. Je länger die
... Scharfmacher im Malergewerbe auf ihrem Schein bestehen,
... desto fester flaut die Aussperrung ab. Das beweist der neueste
... Wochenbericht des Verbandes der Maler. Danach ist die Zahl
... der Aussperrten (einschließlich Streikender und Arbeits-
... loser) in der letzten Woche um 2614 auf 10321 herab-
... gesunken (am 15. März waren dagegen 15770 Ge-
... hilfen ausgesperrt). Im gleichen Zeitraum ist jedoch
... die Zahl der unter Sonder- und korporativen Verträgen
... arbeitenden Gehilfen gestiegen von 14 604 auf 16 261. Von den
... 16 261 Gehilfen, die jetzt zu neuen Bedingungen arbeiten,
... sind 12 668 über die Löhne der Schiedssprüche hinaus be-
... schäftigt. Auch neue korporative Tarifverträge sind wieder
... abgeschlossen worden: in Zwickau in Sachsen mit dem Unter-
... nehmerverband und der Innung, in Nürnberg mit dem Bau-
... unternehmerverband, dem ein Teil der Malermeister ange-
... hört. In beiden Städten wurde ein um einen Pfennig höherer
... Lohn vereinbart, als die Schiedssprüche festgelegt hatten. In
... mehreren anderen Städten sind Verhandlungen im Gange.
... Erfolgreich ist die Aussperrung, weil alle ausge-
... sperrt gewesenen Gehilfen zu neuen Bedingungen arbeiten,
... u. a. in Kolberg, Oranienburg, Delitzsch, Plauen, Grund bei
... Dresden, Merseburg, Eisenberg, Leipzig, Ransbeuren, Pfaff-
... planeg, (München hat noch 24 Aussperrte), Starnberg,
... Tölz, Dornhausen, Pyramont, Kaiserslautern, Mülhausen i. E.,
... u. a. Nicht ausgesperrt haben u. a. Spremberg, Weißwasser,
... Koblenz, Gießen, Friedberg-Naheim, Langen, St. Ingbert,
... Trier, Völklingen, Feggenheim, Buer, Markranstädt, Kuhlta,
... Pögnitz, Arnstadt, Schönebeck, Jümenau, Köthen, Burg, San-
... gehausen, Limbach, Rudolfsstadt, Torgau, Crimmitschau, Baden-
... Baden, Colmar, Landau, Birmafers, Rappatt, Schwemtingen,
... Reichenhall, Rißingen, Berchtesgaden, Garmisch-Partenkir-
... chen, Krummelt, Rördlingen u. a. Interessant sind die Zahlen
... der zu neuen Bedingungen arbeitenden Gehilfen in ver-
... schiedenen Städten. So arbeiten zu neuen Bedingungen in Ber-
... lin 2156 (ausgesperrt sind noch 1296), in Danzig 184 (202),
... in Frankfurt a. M. 1225 (369), Hanau 68 (72), Mainz 193 (75), Wies-
... baden 397 (15), Köln 925 (99), Dortmund 30 (4), Düsseldorf
... 428 (58), Remscheid 153 (-), Solingen 63 (5), Weigen 43
... (20), Vogelsberg bei Dresden 50 (6), Dresden 403 (327),
... Altona 69 (5), Nürnberg-Gürtel 159, München 825, Würz-
... burg 100. Unter den Unternehmern, die die Sondertarife an-
... erkannt haben, befindet sich ein großer Teil Mitglieder des
... Unternehmerverbandes, sogar Leute in führender Stellung.
... Abgesehen von der Gefahr der Aufhebung der Aussperrung
... der Unternehmerkreise ist es zu erwägen, weil ein maßgebender
... Teil der Unternehmer zu einer Beendigung des Kampfes
... drängt. Daraus ist ersichtlich, wie es den Führern des Unter-
... nehmerverbandes auf den Nägeln brennt, die denn auch schon
... in mehreren Wochen keine Zahlen mehr bekannt geben, um
... sich nicht weiter bloßzustellen; denn an ihre Richtigkeit glaubt
... nicht die große Masse der Malermeister nicht mehr.
... Ein harter Schlag ist besonders auch die Erklärung des Mi-
... nisters v. Seelow im preussischen Abgeordnetenhaus gegen die
... Zulassung von Innungsarbeiten gegen nichtausperrnde Un-
... terschmer gewesen. Auch die Klagen auf Einweisung von

Konventionsstrafen oder Verbandsstrafen und auf Schaden-
... erlag gegen Mitglieder des Unternehmerverbandes, die sich
... mit den Gehilfen einigten, sind von mehreren Gerichten zu-
... rückgewiesen worden. Damit ist dem bisher in brutaler
... Weise von den Unternehmerverbänden getriebenen Terro-
... rismus ein kräftiger Riegel vorgeschoben worden.

**Polizeigewalt gegen das Streikpostenfeste im Krefelder
... Färberkreiß.** Die Polizeiverwaltung in Krefeld erläßt nach-
... stehende Bekanntmachung: „Bekanntmachung, das sogenannte
... Streikpostenfeste betreffend. Durch Urteil des Königlichen
... Kammergerichts vom 19. Februar 1905 ist entschieden, daß
... die Verletzung einer Streikpostenordnung nicht dadurch
... straflos wird, daß der Täter sie als Streikposten begangen
... hat. Den zur Erhaltung der Ruhe, Sicherheit, Ordnung und
... Bequemlichkeit des Verkehrs von den polizeilichen Aufsichts-
... beamten auf Grund der Oberpräsidialverordnung vom 13. Fe-
... bruar 1911 getroffenen Anordnungen müssen deshalb auch
... Streikposten unweigerlich Folge leisten. Zur Durchführung
... ihrer Anordnungen werden die polizeilichen Aufsichtsbeamten
... notfalls zur Anwendung von Gewalt und zur Fest-
... nahme der Täter zwecks Verhütung weiterer Straftaten
... schreiten. Ueber die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit ihrer
... Anordnungen entscheiden die Polizeibeamten nach eigenem,
... pflichtmäßigen Ermessen, ohne daß dem Gericht eine
... Nachprüfung hierüber zusteht, wie das Königliche
... Kammergericht auch neuerdings am 19. Dezember 1912
... entschieden hat. Zur Vermeidung von Irrtümern bringe ich
... Vorstehendes zur Kenntnis mit dem Bemerkten, daß die Po-
... lizeibeamten ihre Befugnis kennen und nachdrücklich ausüben
... werden. Krefeld, den 18. April 1913. Die Polizeiverwaltung.
... Der Oberbürgermeister.“ — Der Zweck der Uebung ist die
... Unterbindung des Streikpostenfests. Um das den Arbeitern
... zuzehende Recht der Kontrolle der Arbeitsstätten zu verhin-
... dern, scheidet also der Oberbürgermeister und die Polizeiver-
... waltung von Krefeld nicht zurück vor Anwendung polizeilicher
... Gewalt. Die Streikenden werden eventl. durch gerichtliche
... Entscheidung feststellen lassen, ob die Verordnung des Kre-
... felder Oberbürgermeisters zu Recht besteht. Jedenfalls wird
... auch dieser neueste Streich der Krefelder Polizeiverwaltung
... die Arbeiter nicht abhalten, mit aller Energie und Geschlossen-
... heit den Kampf fortzusetzen, bis ein die Arbeiter befriedigen-
... der Abjluß zustande gekommen ist.

Aus dem Gerichtssaal.

Aus einem städtischen Betriebe. Vor einiger Zeit ver-
... öffentlichte unter in Augsburg erscheinendes Parteiblatt
... einen Artikel, durch den geradezu skandalöse Zustände in der
... städtischen Tierleichen-Vernichtungsanstalt aufgedeckt wurden.
... Die sofort eingeleitete Untersuchung hat nun ergeben, daß
... ein in der Anstalt Bediensteter seit etwa 1 1/2 Jahren das
... Fleisch von etwa 400 Hunden und 700 Katzen, das vernichtet
... werden sollte, ferner die Konfiskate vom Schlachthof teils
... an arme Leute verkauft, teils zu Wurst verarbeitet, ver-
... äußert hat. An dem Genuß des verdorbenen Fleisches und
... der Würste sind eine Anzahl von Personen erkrankt. Vom
... Landgericht Augsburg wurde nun der gewissenlose
... Bursche zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus, seine Helferin zu einem
... Jahr Zuchthaus und eine Gastwirtin, die das billig er-
... worbene, verdorbene Fleisch den ahnungslosen Gästen vorge-
... legt hat, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Todesurteil. Das Karlsruher Schwurgericht hat gestern
... den 25jährigen Papierfabrikarbeiter Wallner aus Treffelstein
... wegen Mordes zum Tode verurteilt. Wallner hatte am
... 16. September 1912 den Papiermaschinenführer Krauß durch
... einen Schuß in die Brust getötet.

Aus Nah und Fern.

Einer der gefährlichsten Einbrecher Berlins, der schon
... wiederholt, wenn er verhaftet worden war, Nadeln ver-
... schluckt hat, um in das Lazarett zu kommen und aus diesem
... leichter auszubrechen, ist in Viceniz verhaftet worden. Es
... handelt sich um den Schlosser Bruno Müller, der bei seiner
... letzten Verhaftung im Januar 1912 sich Müller Otto Mewes
... nannte.

„Kulturkritik.“ Gestern morgen ist auf dem Hofe des
... Bentheuer Gerichtsgefängnisses der 54 Jahre alte Hofmeister
... Bodkema, der am 29. Juli in der Falschhütte den Ruthenen
... Malgim in einen Kofsofen gemorfen hat, wo dieser nützlich
... verkokt aufgefunden wurde, durch den Scharfrichter Schwig-
... Breslau hingerichtet worden.

Von Zigeunern angepöbeln. Aus Halle a. d. Saale
... wird gemeldet: Bei Güntersberge ist ein anhaltischer Gen-
... darm, als er eine Zigeunerhande über die Grenze
... geleitet hatte, durch fünf Schüsse niedergestreckt und
... schwer verletzt werden. Die Zigeuner sind entkommen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf der Feste Radob
... bei Wernie stürzte ein Gerüst mit drei Arbeitern in
... einen Schacht. Zwei Bergleute wurden getötet und
... einer lebensgefährlich verletzt.

Eine Schwindelmeldung. Gestern berichteten wir von
... einem Aufruf der mittelhheinischen Winger, in dem behauptet wurde, daß die Weinerte am Mittelrhein
... nahezu vollständig vernichtet worden sei. Hierzu wird aus
... Mainz gemeldet: Die Nachricht, daß die letzten Frostnächte
... die Weinerte am Mittelrhein vollständig vernichtet hätten,
... entspricht nicht den Tatsachen. Am Mittel-
... rhein hat der Frost kaum ein Fünftel der
... voraussichtlich großen Ernte vernichtet. In
... den umfangreichen Gebieten des Rheingaus wird von
... Frostschaden fast nichts bemerkt. — Offenbar ist
... der Aufruf nur ein Trick profitgieriger Geschäftsleute ge-
... wesen, die für eine eventuelle Erhöhung der Weinpreise Stim-
... mung machen wollten.

Scharlach in der Kaserne. In Hanau, wo gegen
... Weihnächten unter dem 3. Eisenbahregiment eine Typhus-
... epidemie ausbrach, die ungefähr 150 Erkrankungen und mehr
... als 20 Todesfälle nach sich zog, ist jetzt unter den Soldaten
... des 6. Infanterieregiments Scharlach ausgebrochen. Bisher sind
... in der 4. Schwadron des Regiments vier Mann erkrankt.
... Die Erkrankungen sollen leichter Art sein. Von den Typhus-
... kranken des Eisenbahregiments sind auch noch nicht alle
... genesen.

Verstümmelte Boot. Aus St. Paulopol im Departe-
... ment Cote du Nord wird gemeldet, daß drei französische
... Jägerschiffe seit sechs Wochen ver-
... schunden sind.

Man befürchtet, daß die Boote, die eine Besatzung von
... sieben Mann hatten, auf der Fahrt nach Island unterge-
... gangen sind.

Krieg im Frieden. Gestern nachmittag ereignete sich
... auf dem Truppenübungsplatz Neuhammer ein schweres Un-
... glück. Bei einer Sprengübung des
... Pionierbataillons Nr. 5 kam Leutnant Katterwe-
... um s Leben, der Oberleutnant der Reserve Müller und
... Leutnant Dahmen wurden schwer verwundet. Außerdem
... wurde noch ein Vizefeldwebel und ein Pionier verletzt.

Fliegerlos. Bei Probeflügen auf dem Flugplatz Schleiß-
... heim bei München sind die beiden Offiziersflieger Oberleu-
... nant v. Germerheim und Leutnant Schinnerer, als sie im
... Gleitflug landen wollten, abgestürzt. Sie wurden aus
... dem Flugzeuge herausgeschleudert. Oberleutnant v. Ger-
... merheim erlitt einen Schädelbruch, eine schwere Gehirn-
... erschütterung und Knochenbrüche. Sein Zustand ist bedenk-
... lich. Leutnant Schinnerer erlitt eine Gehirnverletzung.

Explosion in einem böhmischen Bergwerk. Bei Brüx
... in Böhmen hat im Nestonschacht des dortigen Bergwerks
... eine Explosion stattgefunden. Zehn Bergarbeiter
... wurden schwer verletzt. Drei von ihnen liegen in
... Sterben.

Dammbruch am Mississippi. Ein Telegramm aus Vieks-
... burg meldet, daß bei Waterville ein schwerer Dammbruch
... erfolgt ist. 1130 Quadratmetern Landes stehen
... unter Wasser. Da es sich um reiche Baumwollplan-
... tagen handelt, die überschwemmt sind, ist der Schaden äußerst
... groß. Über 15000 Personen sind obdachlos.
... Nach einer Schätzung beträgt der Schaden etwa 7 1/2 Millionen
... Dollar.

Allerlei Wissenswertes.

Zwei neue Rhabarber-Rezepte bringt der praktische
... Ratgeber im Obst- und Gartenbau in Frankfurt a. O. Rha-
... barber-Rezepte auf norwegische Art. Einem aus
... dem nördlichen Norwegen heimkehrenden Freunde verbanke
... t das folgende Rezept: Rhabarberstengel werden leicht ge-
... schält, dann weich gekocht und, wenn es ganz fein werden
... soll, durch ein grobes Sieb durchgeschlagen, so daß die Masse
... einem Apfelmus ähnlich erscheint. Ihr wird Zucker nach Ge-
... schmack beigemischt und reichlich Schlaglabne unmittelbar vor
... dem Anrichten in Glas- oder Porzellanfäße übergegeben.
... Gewiß einfach, aber vorzüglich! Für Feinschmecker empfiehlt
... es sich, beim Kochen etwas Vanille zuzugeben. Rha-
... barber-Pudding. 750 Gramm feingeschnittene Rha-
... barber sucht man mit 625 Gramm Zucker und dem Saft einer
... Zitrone. Nachdem der Rhabarber durchgerührt ist, fügt man
... 16 Gramm rote Gelatine und drei ganze Eier hinzu, läßt
... dieses noch einmal gut durchkochen und schüttelt es in eine
... gespülte Form. Vanillesauce. Statt rote Gelatine kann
... man auch weiße Gelatine nehmen. Der Rhabarber-Pudding
... wird dann mit Himbeersauce gereicht. Die Nummer mit den
... Rezepten wird vom Geschäftsmann des praktischen Ratgebers
... im Obst- und Gartenbau in Frankfurt a. O. kostenlos ver-
... schickt.

Handels- und Marktnachrichten.

Lebender Marktpreise vom 23. April.
... Bayern: Butter 1,80 Mk., Meierei-Butter
... 1,40 Mk., Hahnen 0,00 Mk., Enten 0,00-0,00 Mk.
... Hühner 2,00-3,00 Mk., Käsen Stück — Mk., Tauben
... Stück 60-70 Pf., Gänse 1 Pf., Schinken 1 Pf.,
... 0,00-1,20 Mk., Schweinskopf pr. 60-70 Pf., Wurst, ge-
... rührt, 1,30-1,60 Mk., Eier Stk. 6 1/4-7 Pf., Kar-
... toffeln 10 Pf., 40 bis 50 Pf., Spargel 1. Sorte — Pf.,
... 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pf., Blumenkohl der Kopf
... 20-50 Pf., Kirschen, hiesige, 1 Pf., — Pf., eingeschaltete,
... 1 Pf., lebende Süßwasserfische: Schleie, Bortions-
... schleie 1,60, größere 1,40 Mk., Karpfen, ar-
... dere 1 Pf., — Mk., kleinere — Pf., Aal, große 1 Pf.,
... 1,00-1,10 Mk., mittlere 80 Pf., kleine 60 Pf.,
... Karautischen 80 Pf., Hechte, große 55-60 Pf.,
... mittel 70-80 Pf., Barsche 70-80 Pf., Brachsen, gr.
... 60-70 Pf., kleine 1 Pf., — Pf., Aal 70 Pf.,
... Ketaugen, große 30-40 Pf., kleine 20 Pf., Krebse
... 1 Pf., — Pf., Salzwaasserfische: Dorsche, lebende 1 Pf.,
... — Pf., frische 30-40 Pf., Butter, größere 1 Pf.,
... 40 Pf., kleinere 20-30 Pf., Steinbutt, lebende 1 Pf.,
... — Pf.

Getreidepreise.
... 23. April 1913.
... gering mittel gut
... Mk. Mk. Mk.
... Weizen 17,50-18,75
... Roggen 14,00-15,00 16,50-15,80 18,00-16,50
... Gerste, nach Qualität 15,00-15,50 16 60-16,00
... Hafer, nach Qualität 13,50-14 50 15,00-16,70
... hochfein über Notiz, per 100 kg.

Samburger Eiermarkt vom 22. April.
... Auftrieb 2200 Schweine. Markt ruhig geräumt.
... Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug
... vereinbarter nebensetzender Tara und für 50 kg Lebend-
... gewicht ohne Tara:
... Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara
... 20 Proz., 67.— bis 68.— (53,50 bis 54,50), mittelschwere
... Ware, von 240-260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 67.—
... (— bis 53,50), Mittelware, von 200-240 Pfd., Tara
... 22 Proz., 67.— bis 68.— (53,50 bis 54,50), gute leichte Ware
... unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 67.— bis 67,50 (53.— bis
... 53,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,00 bis 66,00
... (47.— bis 51.—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., —
... bis 64.— (— bis 51,00), Sauen, 2. Qualität, Tara 22
... Prozent, 53.— bis 62.— (45,00 bis 48,50).

Butter-Notierungen
... d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Volstein
... Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
... Hamburg, 23. April.
... 1. Klasse 653 Drittel zu 118,61 Mk. im Durchschnitt.
... 2. 75 113,06 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
... Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
... Sämtlich in Lübeck.

Die Hauptmarke „Unsere Marine“ Die beste PFG.
GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
Grösste deutsche Cigarettenfabrik
2 Cigarette